

Bezugspreis: Für den Monat Mai 5000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Danzig 7000 M., für das übrige Ausland 8000 M. Postbezugspreis frei liegend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Island, Finnland, Frankreich, Holland, Portugal, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 5. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postkontokonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:  
Die einseitige Anzeigenzeile kostet 1200 M. Reklamzeile 600 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 75 M. (zulässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 200 M. Stellensuche das erste Wort 200 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Preis 300 M.  
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestirnt von 8 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## England läßt sich nicht ausschalten.

### Curzon für gemeinsames Vorgehen der Alliierten.

London, 4. Mai. (WIB.) Lord Curzon sprach heute auf der Jahresversammlung der Primrose League in der Albert Hall. Er äußerte sich über die Ruhrfrage und erklärte dabei, daß er es ablehne, die Lage mit Mäßigkeit oder Verweigerung zu betrachten. Er fuhr fort: „Ob das deutsche Angebot gut oder schlecht ist, und sehr viele betrachten es als unangemessen.“

Jedenfalls geht die Frage uns alle an.

Wir werden aus der schwierigen und besorgniserregenden Lage nur durch ein gemeinsames Vorgehen herauskommen. Wenn die Deutschen vor den Rat, die Entscheidungen und die Handlungen aller beteiligten Hauptmächte gestellt werden, so werden die Aussichten auf einen Erfolg beträchtlich wachsen.“

Die von Curzon gewählte Formel klingt wie eine warnende Fanfare an die Adresse jener französischen Politiker, die sich anschickten, bei der Behandlung des deutschen Angebots England wieder einmal als Laus zu behandeln. In dessen steht der entscheidende Ton dieser Erklärung im Widerspruch mit einer Mitteilung der offiziellen Reuters-Agentur, wonach in Londoner offiziellen Kreisen verlautete, daß die englische Regierung die deutsche Note gemeinsam mit der französischen Antwort prüfen werde. Das letztere würde bedeuten, daß England also doch auf eine direkte Einwirkung auf den Wortlaut der französischen Antwort verzichtet und weitere Beschlüsse erst nach einem Vergleich zwischen beiden Dokumenten fassen will.

Es mag sein, daß die Warnung Curzons in Brüssel Eindruck macht, dagegen ist es fraglich, ob man sich in Paris danach richten wird. Die französische Regierung hat in den letzten Jahren und besonders seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet Selbstenhaftigkeit gezeigt, zu beobachten, daß Englands Drohungen regelmäßig ohne praktische Folgen bleiben. Immerhin geht aus nachstehenden Pressestimmen hervor, daß es in Paris auch solche einflussreichen Kreise gibt, denen bei dieser Politik der „glänzenden Isolierung“ nicht übermäßig wohl zumute ist:

Die Antiradikale „Lanterne“ warnt davor, die öffentliche Meinung der Welt, die Frankreich schon an und für sich wenig günstig sei, herauszufordern. Die Gelegenheit sei günstig, den Deutschen Gegenanschläge oder, wenn das Wort missfällt, Bedingungen des Abkommens entgegenzusetzen.

Auch „Homme Libre“ kommt heute zu der Erkenntnis, daß Frankreich ohne weiteres die Verhandlungen mit Deutschland aufnehmen könne, sobald Deutschland seine Vorschläge verbessere. Inzwischen brauche Frankreich nur in reger Fühlungnahme mit den Alliierten zu bleiben. (Diese Stimme ist bemerkenswert, weil der Chefredakteur des „Homme Libre“, Gautier, ein Vertrauensmann Millerands ist. (Redd. „V.“).

„Journée Industrielle“ (Organ der Wandel-Gruppe der Schwerindustrie. Red. d. „V.“) schreibt, Poincaré und die belgischen Minister ständen einem doppelten Risiko gegenüber, einmal der Gefahr, durch zu große Unnachgiebigkeit eine nachteilige Reaktion für die Alliierten hervorzurufen, das andere Mal der Gefahr, durch Aufnahme von Verhandlungen einem Schiedspruch zuzutreiben, den Frankreich nicht annehmen könne. Unter diesen Umständen sei es wünschenswert, daß die französische und die belgische Antwort nicht völlig ohne Wissen der übrigen Alliierten abgefaßt würde, was eine ausgesprochene diplomatische Angelegenheit sei, vorausgesetzt allerdings, daß man sich nicht Wagnis genug fühle, in voller Unabhangigkeit bis ans Ziel vorzugehen. Aber auch in diesem Falle wäre es doch von Wichtigkeit, die Anstrengungen, die eine derartige Politik der Unabhängigkeit erfordert, nicht übermäßig zu belasten.

In Italien zeigt sich das deutsche Bestreben, eine enge Frontgemeinschaft mit England zu bilden, was offenbar auf die Beförderung zurückzuführen ist, ebenso wie England durch Frankreich ausgeschaltet zu werden. Es ist dabei auch die Rede von einer bevorstehenden Zusammenkunft Mussolinis mit Bonar Law in Rom gelegentlich eines Besuchs des englischen Königs in Italien und einer Mittelmeer-Erholungsreise des englischen Premierministers. Doch sind die darauf bezüglichen Meldungen aus Rom bisher unbestätigt geblieben.

Auch in Amerika äußert man sowohl in politischen wie auch in geschäftlichen Kreisen über den französischen Ablehnungswillen lebhaftes Unzufriedenheit. Man erblickt dort in den deutschen Vorschlägen eine Grundlage für weitere Verhandlungen.

Ueber die Haltung der belgischen Regierung verlautet bisher nichts Sicheres. Sie hat gestern den Poincaréschen Entwurf einer Antwort geprüft. Es scheint aber, daß sich das Brüsseler Kabinett diesmal nicht damit begnügen will, einfach seine Unterschrift unter das französische Dokument zu setzen. Die Pariser Presse spricht zwar die Hoffnung aus, daß eine gemeinsame französisch-belgische Antwort in Berlin überreicht werde, dagegen meldet der Brüsseler Bericht-

erstatter des „Temps“, daß die belgische — also keine gemeinsame — Antwort gleichzeitig mit der französischen in Berlin überreicht werden wird. In den Hauptargumenten für die Zurückweisung des deutschen Vorschlages soll zwar die belgische Erwiderung mit der französischen identisch sein, dagegen soll sie andere Garantieforderungen enthalten. Allein dieses Wort, das der „Temps“-Berichterstatter gebraucht, müßte eigentlich darauf schließen lassen, daß zumindest die belgische Antwort doch eine Art Gegenanschläge und keine einfache, trockene Ablehnung enthalten wird.

### Léon Blum gegen den Ablehnungsfeldzug.

Paris, 4. Mai. (WIB.) Léon Blum schreibt im „Populaire“, die französische Presse habe die deutschen Vorschläge alsbald wie ein Mann für unannehmbar, lächerlich, anmaßend erklärt, eine zwar einmütige oder doch fast einmütige, aber nicht spontane Strömung; denn die gleich zu Anfang von einer höchstehenden Persönlichkeit des Quai d'Orsay abgegebenen Erklärungen seien das gemeinsame Thema, das jeder nach seinem Talent variiere. Bierzehn Tage lang habe die große Presse, bevor sie auch nur die Angebote recht konnte, sie für unannehmbar erklärt und die öffentliche Meinung darauf vorbereitet, sie für unannehmbar zu halten. Herbert im „Temps“ habe mit unglaublicher Hartnäckigkeit wiederholt, daß jede von Deutschland angebotene Ziffer

wie sie auch ausfallen möge, unzulänglich

sein würde, daß alle vorgeschlagenen Garantien, wie sie auch sein mögen, illusorisch sein würden. Er habe seine Freude darüber nicht verhehlt, daß Deutschland jede Zahlungsfähigkeit, jede Kreditwürdigkeit verloren habe, weil sein Bankrott den Franzosen die Möglichkeit geben würde, das Ruhrgebiet auszubeuten, d. h. es zu behalten. Die Note des Kabinetts Cuno trage sichtbare Kennzeichen eines in letzter Stunde zwischen den durch französische Fehler vorübergehend wiederbelebten Mächten des Widerstandes und aufrichtigen Anhängern der Erfüllungspolitik geschlossenen Vergleichs. Aber dieses Angebot, so wie es gewesen sei, mit allen seinen Fehlern trotz seiner Unzulänglichkeit, sei — und das habe Poincaré wohl gewußt —

nicht Deutschlands letztes Wort

gewesen. Poincaré schleudere dieses Rein hin, ohne auch nur so vorsichtig oder so höflich gewesen zu sein, Rom zu Rate zu ziehen, vor allem aber,

ohne sich mit London zu besprechen.

Seine Haltung vor der Note und seine Haltung nach der Note erklärten und ergänzten einander.

### Eine Forderung Polens.

#### Nach Auflösung des deutschen Konsulats Thorn.

Die polnische Regierung hat der deutschen Gesandtschaft in Warschau eine Note zugehen lassen, in der die Liquidation des Konsulats Thorn bis zum 15. Mai gefordert wird, weil das Konsulat in polenfeindlichem Sinne tätig gewesen sei, indem es die Deutschen des dortigen Bezirks von einer Abwanderung nach Deutschland abgehalten (also ihnen das Verbleiben in Polen angeraten hat) und dabei mit der Organisation der Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit, dem Deutschumsboden, zusammen gearbeitet habe.

Um die brüste und provozierende Forderung der polnischen Regierung sachlich erörtern zu können, muß man nähere Nachrichten abwarten. Von vornherein kann man sagen, daß es bei der noch ungeklärten Stellung der in Polen verbliebenen Deutschen, die einen verzweifeltsten Kampf gegen rechtswidrige Verfolgung führen, selbstverständlich ist, wenn die deutsche Vertretung mit ihnen soviel Fühlung hält, als nötig ist, um die kümmerlichen Verfallener Minderheitsrechte zu wahren. Vor allem aber ist das Vorgehen Polens formell, sagen wir, recht uneuropäisch. Internationale Gepflogenheiten entspricht es, sich über vermeintliche diplomatische Uebergriffe zunächst einmal im Notenwechsel auseinanderzusetzen. Denkbar wäre auch die Forderung der Abberufung eines mißliebigen Gesandten oder Konsuls. Die Liquidation einer ganzen Behörde jedoch erimert an längstverwichene Zeiten des vorigen Jahrhunderts.

Will man nicht jugendliche Unreife bei dieser polnischen Forderung annehmen, so läme nur die bewusste Absicht in Frage, die deutsch-polnischen Beziehungen zu trüben, die Dresdener Verhandlungen zu zerschlagen.

In der Paulskirche in Frankfurt a. M. findet am 18. Mai eine Gedenkfeier zur Erinnerung an die 75. Wiederkehr des Gründungstages der Deutschen Nationalversammlung im Jahre 1848 statt, an der Reichspräsident Ebert, Reichregierung und Mitglieder des Reichstages teilnehmen werden.

## Verwirrung! — Entwirrung?

Daß die deutsche Note ein diplomatisches Meisterstück sei, hat man noch in keiner Zeitung gelesen. Desto mehr Kritik ist an ihr geübt worden, in der ausländischen Presse in schärfer, in der deutschen in vorsichtigerer Form. Wenn aber die deutsche Note so schlecht ist, wie man sie darstellt, so braucht man sie nicht noch schlechter machen als sie ist. Die Brüsseler offiziöse „Etoile belge“, die übrigens die deutsche Note durch den Geschäftsträger Landsberg überreichen läßt, gibt den Punkt 3 der formulierten deutschen Vorschläge in einer Uebersetzung wieder, die in deutscher Rückübersetzung sagt:

Deutschland hat bereits auf Rechnung seiner Schuld Sachleistungen entsprechend den bestehenden Verträgen ausgeführt.

In Wirklichkeit lautet Punkt 3:

Deutschland wird in Anrechnung auf seine Schuld nach den Bestimmungen der bestehenden Verträge Sachleistungen ausführen, über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben.

Es handelt sich nicht um einen Uebersetzungsfehler, der nur aus einer fast vollständigen Unkenntnis der deutschen Sprache zu erklären wäre, sondern um eine direkte Fälschung. Denn der weggelassene Relativsatz „über deren Ausmaß nähere Vereinbarungen vorbehalten bleiben“, hätte auch in nobilitätigster Uebersetzung dem Leser sagen müssen, daß es sich hier nicht um schon ausgeführte, sondern um noch auszuführende Sachleistungen handelt. In einem wie großen Teil der belgischen und der französischen Presse diese Fälschung übergegangen ist, können wir im Augenblick nicht feststellen, daß sie von „Etoile belge“ selbst verübt ist, glauben wir nicht, da sich dieses Blatt über die deutsche Note mit vorsichtiger Zurückhaltung äußert. Von der französischen und belgischen Presse ist zu verlangen, daß sie sich für derartige Verwandslungskünststücke ebenso interessiert wie für das allerdings eigenartige Dechiffrier-Mißgeschick der deutschen Rumpfschicht in Paris.

Indes, ob die deutsche Note in französischer Uebersetzung noch schlechter gemacht wurde als sie ist, und ob sie in ihrem unverfälschten und richtig dechiffrierten Text ein diplomatisches Meisterstück ist, das ist nicht die Hauptfrage. Die Hauptfrage ist, ob endlich mit Verhandlungen begonnen wird, um einem Zustand ein Ende zu machen, der für ganz Europa eine Schande ist. Die deutsche Note hätte gewiß stärker und besser gewirkt, wenn sie, weniger von innerpolitischen Rücksichten belastet, das offen ausgesprochen hätte, was die ganze Welt denkt und empfindet.

Innerpolitische Rücksichten haben z. B. die Verfasser der Note bestimmt, auf jene Formel der Münchener Kanzlerrede zurückzugreifen, die seinerzeit hier kritisiert wurde: die unbestimmte Formel vom „Ausgangspunkt der Verhandlungen“. Ein Ausgangspunkt kann der Punkt sein, von dem man den Anfang nimmt, und der Punkt, auf den man hinaus will. Nun spricht Havas von einer deutschen Forderung nach Räumung vor Beginn der Verhandlungen, und der Pariser WIB-Berichterstatter bemerkt dazu: „Die deutsche Note enthält keine derartige Forderung.“ Wir sind der Meinung, daß der Pariser WIB-Berichterstatter ganz richtig verstanden hat, und nehmen an, daß er von deutscher Stelle zu seiner Erklärung autorisiert ist. Besser aber wäre es, wenn diese Erklärung von einer Stelle abgegeben würde, deren Auslegung als authentisch betrachtet werden muß, und noch besser wäre es gewesen, wenn Unklarheiten vermieden worden wären, durch deren Aufklärung der Schein eines Rückzugs hervorgerufen wird.

Alle diese Dinge vermehren nur den Wirrwarr, statt zur Klärung zu führen, die für alle Beteiligten dringend notwendig ist. Hier aber drängt sich ein Gesichtspunkt in den Vordergrund, dessen gemeinsame Aufmerksamkeit wenigstens zum Anfang einer Lösung führen muß. Alle bisher veröffentlichten Reparationspläne der verschiedensten Regierungen stimmen darin überein, daß das Reparationsproblem ohne eine internationale Anleihe überhaupt nicht lösbar ist. Auch der neueste angebliche französisch-belgische Plan, den der „Daily Telegraph“ veröffentlicht, rechnet mit einer internationalen Anleihe, wenn auch „nur“ zunächst im Betrage von 3,4 Milliarden Goldmark. Der deutsche Plan glaubt an die Möglichkeit, in den nächsten acht Jahren 30 Milliarden auf dem internationalen Finanzmarkt aufbringen zu können. Über 30 Milliarden oder 3,4 Milliarden — soviel ist sicher, daß Deutschland keinen Pfennig geliehen bekommt, solange nicht seine Gesamtschuld auf einen tragbaren Betrag zurückgeführt ist, und solange nicht Garantien dafür gegeben sind, daß sich die deutsche Wirtschaft, die deutsche Gesetzgebung und die deutsche Verwaltung im Reichsgebiet frei und unbedroht von gewalttätigen Eingriffen entfalten können.

Dieser Einsicht trägt sogar der französisch-belgische Plan einigermaßen Rechnung, indem er von der „theoretischen Summe“ von 132 Milliarden soviel herunterrechnet, daß schließlich nur 45 Milliarden als realer Betrag der deutschen Schuld übrigbleiben. Ob dieser Betrag überhaupt aufgebracht werden kann, müßte die Frage einer nächsten Prüfung sein — von englischen Sachverständigen wird sie beinahe verneint. Beide Teile sind daran interessiert, daß man end-



sich einmal nicht mehr mit „theoretischen Summen“, sondern mit praktisch leistungsfähigen Beträgen operiert, denn mit dem, was nicht gezahlt werden kann, kann auch Frankreich seine Finanzen nicht in Ordnung bringen.

Jeder Vernunft noch unzugänglich zeigt sich der französisch-belgische Plan in der Frage der Pfanzer. Das Ruhrrevier soll etappenweise nach den deutschen Zahlungen geräumt werden, Eisenbahnen und Bergwerke sollen unter eine „internationale Verwaltung“ gestellt werden. Ein solcher Plan erscheint als infam und utopisch zugleich. Keine deutsche Regierung wird Verkehrswege und Bodenschätze in eine fremde Hand legen — was bliebe dann von Deutschland überhaupt noch übrig? Aber die Etappen der Räumung sollen „erheblich abgekürzt“ werden, wenn die Zahlungen durch Ausbringung von Anleihen beschleunigt werden, so daß sich schließlich wieder auch die Möglichkeit einer „Räumung in kürzester Frist“ ergeben würde — vorausgesetzt, daß eine große Anleihe rasch ausgedrückt werden kann. Und wenn sich die „internationale Verwaltung“ auf dem Wege der Interpretation zu einer „internationalen Kontrolle“ verflüchtigt, wie sie einem Gläubigerkonsortium eben zugestanden werden muß, so würde sich auch hier das Bild beträchtlich ändern.

Worauf es ankommt, das ist, daß man auf beiden Seiten aufhört, mit Worten Fangball zu spielen und Mißverständnisse künstlich hervorzurufen, um nationalitätlichen Strömungen entgegenzukommen. Daß Deutschland durch Befreiung von der Besatzungsplage und durch Begrenzung seiner Schuld wieder leistungsfähig gemacht wird, liegt auch im wirtschaftlichen Interesse Frankreichs. Daß die Befreiung von der Besatzung durch leistbare Opfer erreicht und ein erträgliches Verhältnis zwischen den beiden großen Nachbarvölkern hergestellt wird, liegt auch im Interesse Deutschlands. Wenn sich Frankreich entschließt, Deutschland gegenüber keine Militär- und Machtpolitik, sondern eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft zu treiben, dann, aber nur dann werden auch in Deutschland die Kräfte frei werden, die Frankreich alle politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten gewährleisten, die es vernünftigerweise verlangen kann.

Die Frage der Verhandlungen ist aufgeworfen. Die Regierung Poincaré sagt Nein, aber der Lebenswille der Völker spricht ein deutliches Ja. Es hängt viel davon ab, ob dieses Ja auch aus Frankreich vernehmlich sein wird.

## Die „Opfer“ der Kohlenbarone. Das Reich zahlt.

In der amtlichen Meldung über die letzte Sitzung des Reichskohlenrats wurde mitgeteilt, daß die Werke die Kosten für die Lohnerhöhung fürs erste ohne Preiserhöhung übernehmen wollen. Die Vertreter des Bergbaues hatten dabei betont, daß sie „Opfer zu bringen bereit seien“. Das letztere ist ein dreifacher Schwundel. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Grubenherren Forderungen in Höhe von 400 Milliarden Mark für Erstattung verausgabter Lohnsummen für angeblich unproduktive Zwecke verlangen. Diese Forderung schießt weit über das Ziel hinaus und würde bei Erfüllung den Grubenbesitzern einen Vorteil auf Kosten der Allgemeinheit zuweisen. Aber das genügt den Grubenbesitzern noch nicht. Weit davon entfernt, für die Lohnerhöhungen „Opfer zu bringen“, wollen sie diese Opfer dem Reich auferlegen. Bei der undurchsichtigen Finanzwirtschaft, die gegenwärtig in Deutschland getrieben wird und bei der Unterfütterung, die alle derartigen Forderungen durch den jetzigen Reichswirtschaftsminister Becker erfahren, scheint dieser Plan auch gelingen zu müssen. Es besteht, so schreibt der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“, nämlich die Absicht, die Beträge, die für Lohnerhöhungen erforderlich sind, als unproduktive Ausgaben anzusehen, so daß das Reich diese Ausgaben trägt und nicht die Bergwerksbesitzer, wie die amtliche Meldung wahrheitswidrig behauptet.

## Ansprache an die Herren Diebe.

Meine sehr geehrten Herren!  
Ihre Geschäfte gehen gut, gehen glänzend! Kein Tag, der Ihnen nicht eine beträchtliche Beute bringt.  
Fast niemals aber hört man, daß die Polizei Ihrer habhaft geworden ist. Entweder liegt das daran, daß Sie Ihre Methoden auf das wunderbarste verfeinert haben, so daß Ihre Kunst einfach ohne Konkurrenz besteht, oder es liegt daran, daß die Polizei es an der nötigen Fertigkeit und Nüchternheit fehlt.  
Indessen, wie immer!  
Nicht diese Einzelfrage soll hier zur Debatte gestellt werden, ich habe Wesentlicheres und Wichtigeres auf dem Herzen, was mich zwingt, mich an Sie zu wenden.  
In der letzten Zeit haben sich Fälle ereignet überaus trauriger und betrüblicher Natur, die, ich schweue mich nicht, dieses horre Wort hier hinzuschreiben, den Gedanken glaubhaft und gerechtfertigt erscheinen lassen, daß es anständige Diebe nicht mehr gibt.  
Das aber bedeutet einen starken Stoß gegen Ihr Stolzgefühl und Ihre Standesehre, und darum wende ich mich an Sie, um Sie zu veranlassen, von solchen Elementen, die Ihren ganzen Stand blamieren, Ihren Beruf zu befreien.  
Sehen Sie, meine Herren, früher haben Sie, wenn Sie ein „Ding drehen“ wollten, die Stellen und Quellen aufgesucht, von denen Sie wußten, daß ein reichlicher „Segen“ Ihnen sicher war.  
Rein Gott, man muß solche Sachen ohne alle Sentimentalität ansehen, dann begreift man das Selbstverständliche Ihres Vorgehens und findet es ebenso natürlich, wie es notwendig ist, daß jemand, der einen goldenen Ring kaufen will, zum Juwelier geht und nicht zum Kohlenhändler.  
Sie, meine Herren, sind bei diesem bewährten Prinzip auch immer gut gefahren und haben Ihre Ernte gehalten, worum ich Sie gewiß nicht beneide.  
Reid und Mißgunst sind mir ganz unbekannt Begriffe und haben niemals in meinem Verstand gestanden.  
Jetzt aber, meine Herren, gibt es Kollegen unter Ihnen, die von diesem guten und geraden Weg abweichen und sich an Leuten vergehen, die kaum etwas zu beißen und zu kochen haben.  
Ich will Ihnen heute nur diesen einen Fall zur Begutachtung vorlegen.  
Da sind Diebe in ein Hinterhaus gegangen, drei Treppen hoch, und haben die Wohnung eines armen Schriftstellers heimlich gesucht.  
Von den sechs Fremden, die er sein eigen nannte, haben die Diebe fünf, die noch nicht ganz brach und brüchig waren, genommen, und außerdem haben sie diese und jene Kleinigkeiten gestohlen — so lautet ja wohl in Ihrer lebendigen und bildsamen Sprache der Ausdruck für jene Handlung, für die das Ihnen feindliche Strafgesetzbuch Gefängnis bereit hält —, Kleinigkeiten also, die dem armen Schriftsteller und seiner Frau aus irgendwelchen Gründen wertvoll waren.

Gegen diese Absicht erheben wir auf das schärfste Einspruch. Wir glauben verlangen zu dürfen, daß der Reichstag sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Denn was bedeutet diese Regelung? Das Kohlenyndikat hat vor Monaten schon einen sehr erheblichen Kredit durch das Reich erhalten. Durch den Marktzug ist dieser Kredit, der nicht wertbeständig gegeben worden ist, um etwa die Hälfte entwertet. Nehmen wir an, das Kohlenyndikat habe einen Kredit von 700 Milliarden Mark erhalten, so wären das bei einem Dollarstand von 20 000 35 Millionen Dollar. Jetzt aber ist es einem Dollarstand von 40 000 die gleiche Marksumme nur noch etwa 17½ Millionen Dollar. Angesichts dieses übergroßen Umfangs kommt es an das Kohlenyndikat darf unter keinen Umständen jetzt auch noch eine Erstattung der Lohnerhöhung durch das Reich in Frage kommen.

Es ist überaus kennzeichnend für den Kurs, der jetzt im Reichswirtschaftsministerium herrscht, daß an Unternehmern mit vollen Händen gegeben wird, daß aber jede Lohnerhöhung der Arbeiter von dieser Stelle aus die schärfste Bekämpfung findet.

## Ausfuhrkontrolle und Stützungsaktion.

### Die bedrohte Devisenablieferung.

Um die Verschleuderung ausländischer Waren an das Ausland zu bekämpfen, ist die Ausfuhrkontrolle und Ausfuhrabgabe eingeführt worden. Unter der Herrschaft des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker befindet sie sich in vollem Abbau. Als das Inlandspreisniveau sich den Weltmarktpreisen stark genähert hatte, konnte eine gewisse Berechtigung auf einen Abbau der Ausfuhrabgabe bei manchen Waren nicht abgestritten werden. Jetzt aber hat sich die Situation entscheidend geändert. Durch den Sturz der Mark um die Hälfte ihres Wertes sind die Weltmarktpreise fast auf allen Gebieten wesentlich höher als die Inlandspreise. Bei der Ausfuhr von Waren werden also Riesengewinne gemacht. Die Ausfuhrabgabe ist deshalb sehr erträglich.

Mit dem Abbau der Ausfuhrabgabe vollzieht sich auch der Abbau der Ausfuhrkontrolle und die Schaffung einer Ausfuhrfreiheit. Das bedeutet, daß deutsche Waren völlig ungehindert und unkontrolliert ins Ausland verkauft werden können. Das Reich bekommt dann weder Ausfuhrabgaben, noch den Anteil aus den eingehenden Devisen, den es bisher erhalten hat. In einem Augenblick also, wo die Reichsbank zu Stützungs Zwecken eine verstärkte Devisenablieferung notwendig hat, wird diese Devisenablieferung verhindert. Immer größere Beträge des Reichsbankgoldes müssen also auf den Markt gebracht werden und fliehen in die Taschen von Spekulanten des Handels und der Industrie, die sie aufspeichern. Eine derartige Untergrabung der Stützungsaktion ruft die schärfsten Bedenken hervor.

Wir verlangen vom Reichsfinanzminister, der dem Parlament für die Stützungsaktion verantwortlich ist, daß er hier sofort eingreift.

## Schweyers Fiasko.

Der Münchener Ratstag im bayerischen Haushaltausschuß  
München, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Bei Beratung des Kapitels Münchener Polizeidirektion im Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags entwickelte sich eine hochbedeutsame politische Aussprache, deren Ergebnis zeigt, daß die Regierung von allen Parteien verlassen ist. Selbst ihre hauptsächlichsten Stütze, die Bayerische Volkspartei, ließ sie im Stich. Die Abg. Funke und Dr. Pestalozze drängten darauf, daß endlich von der Regierung die drohenden Gefahren erkannt und die nötige Energie und Tatkraft dagegen aufgebracht werden. Von der Zersplittertheit in den höheren Beamtentrieben sprach eine Mitteilung des Abg. Wöhlmu (Bayer. Bp.) über Äußerungen eines Ministerialrats, die in einer Versammlung der bayerischen Verbände gefallen waren. Dieser Ministerialrat hatte dort gesagt, die Regierung sei im Verein mit den Franzosen, dem Kardinal Faulhaber und dem Papst gewillt, Bayern vom Reich zu trennen. Die Wehrzahl der Beamten folge aber der Regierung nicht auf diesem Wege.

Sie wissen doch, meine Herren, daß Schriftsteller ganz weltfremde und verrückte Kerle sind, die an Dingen hängen, für die es beim Trödler auch nur einen Pfennig gibt.

Ich meine natürlich für die Kleinigkeiten, kann es aber im übrigen keinem Trödler verdenken, wenn er auch für einen Schriftsteller keinen Pfennig von seinem mühsam erworbenen Geld hergeben will.

Ich täusche mich gewiß nicht, wenn ich annehme, daß auch Sie einen Diebstahl bei einem armen Schriftsteller durchaus unfair finden und ein solches Verkommen mit mir verdammen.

Sie haben sicher bisher von dieser Entgleisung einiger Ihrer Jungtennisten noch nichts gehört, und ich bitte Sie, diesen Fall, der geeignet erscheint, Ihren ganzen Stand in Verzug zu bringen, bei Ihrer nächsten Vorstandssitzung mit allem Nachdruck zu erörtern.

Bei Ihrem bekannten Gerechtigkeitsgefühl werden Sie sicher dafür Sorge tragen, daß sich derartige Ungehörigkeiten nicht wieder ereignen!

Die Maifester des Bezirksbildungsvereins Groß-Berlin in der Philharmonie war durch die musterhafte Ausführung von Beethovens „Neunter“ und durch die echt volkstümlich empfundene, reifenförmige sehr bemerkenswerte Ansprache unseres Paul Löbe weit emporgehoben über eine spezifisch parteipolitische Festivität, war Menschheitsfeier und erhebendes, nachhaltig wirkendes Erlebnis für die zweieinhalbtausend Besucher. Schon der musikalische Lustakt: Badois Laccata in F-Dur, von Berlins anerkanntem Organisten Prof. Walter Fischer gespielt, gab Niveau. Löbes Rede steigerte die Stimmung der Versammlung ins Erstberührende. So ward das reifen Beethoven reifstes Werk würdig empfangen. Wir hatten mit Robert Schumann (Forestan) es für vermerken, über das Werk des Größten selbst zu reden. Hermann Scherchen hatte als Gastdirigent die musikalische Leitung. Scherchen ist und als Dirigent des (politisch links orientierten) Gemischten Chores Groß-Berlin (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) in guter Erinnerung. Seit etwa dreiviertel Jahr dirigiert er die Musikensemble in Frankfurt a. M. Eine interessante, starke musikalische Persönlichkeit! Der Schreinpflugsche Chor (Dirigent Arnold Cebel) hielt sich im Rahmen seiner Tradition. Als Solisten wirkten: Gertrud Wolf (Sopran) — in freudlicher aufsteigender Entwicklung begriffen und unzeren Kreisen seit langem eine Freundin, — Paula Weinbaum (Alt), von der man Gutes gewöhnt ist, — Waldemar Henke (Tenor), Karl Krüger (Bass), beide ihrer weiblichen Partnern ebenbürtig.

Auswanderung mit Muß. Der Auswanderer, der, in seiner Heimat vergebens um das tägliche Brot ringend, sich aufs hohe Meer begeben hat, um sein Glück in überseeischen Ländern zu suchen, war immer ein willkommenes Objekt für die Ausbeutungslust der Schiffsfahrergesellschaften. Der Transport der Auswanderer gehörte immer zu den besten Geschäften, wovon die hohen Dividenden der Schiffsfahrergesellschaften, die sich damit betätigten, Zeugnis ablegten. Dabei war die Reise der Auswanderer durchaus nicht angenehm zu nennen. Im überfüllten Zwischendeck, in luftlosen Schlafstätten mußten diese Opfer die weite Reise zurücklegen. Jetzt soll es anders

Minister Schwenker nahm während der zweitägigen Aussprache eine geradezu lässliche Haltung ein. Er wühlte auf diese schwerwiegende Mitteilung aus dem Munde eines regierungstreuen Mitgliedes nichts weiter hervorjuringen als er werde der Sache nachgehen und wenn es sich so verhalte, so wäre der Beamte als ein Günstiger entlarvt. Genosse Kohlhaupt stellte am Donnerstags und Freitag wiederholt die Frage an den Minister,

woher die Waffen der Kampfbünde am 1. Mai stammten und wohin sie gekommen seien. Der Minister wußte nichts darauf zu erwidern, als daß der Fall erst untersucht werden müsse. Die Waffen befanden sich in den Händen der Reichswehr; aber er konnte nicht sagen, in welchem Orte sie niedergelegt worden sind. Auch die Abgeordneten anderer Parteien stellten die völlige Ohnmacht der Regierung fest, die unüberlegliche Beweise erbracht habe, daß ihre Nachmittel vollständig verfallen. Die Debatte im Ausschuß kann nur als das Vorbild zu einer noch gründlicheren Aussprache im Plenum betrachtet werden, wenn der Etat der Münchener Polizeidirektion zur Beratung gelangt.

## Abermals wilde Schießereien in München.

München, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Gestern Abend kam es nach Schluß einer Versammlung der sozialistischen Jugendgruppe zu Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die eben von einer Sektionsversammlung heimkehrten. Es entstand eine Krawalle, bei der auch geschossen wurde. Etwa 15 bis 20 Schüsse fielen. Ein jugendlicher Sozialist wurde in den rechten Oberarm getroffen und erheblich verletzt. Der Schiesser konnte noch nicht festgestellt werden. Ein weiterer Vorfall, der politischen Hintergrund hatte, ereignete sich in der Horemannstraße. Dort fiel ein Schuß. Ein Dienstmädchen, das nach dem Tatort eilte, sah, wie ein Bankbeamter von anderen Leuten weggetragen wurde. Der Bankbeamte ist Angehöriger der Hochhaus-Gruppe. Er hatte einen Schuß in den linken Oberarm erhalten. Ferner versuchten Nationalsozialisten, eine Gastwirtschaft am Marienplatz auszuheben. Sie wurden aber von der Polizei daran gehindert.

## Internationales Meeting. Kommunistische Masken.

Die Krawalle sind bei den Kommunisten gut organisiert. Neuerdings arrangieren sie im ganzen Lande „Internationale Meetings“, wo dann die Vertreter des internationalen ufm. Proletariats aufmarschieren, um die internationale Stärke der kommunistischen Bewegung vorzutauschen. In Waldenburg, wo nach kommunistischer „Drahtmeldung“ 18 000 Arbeiter erschienen waren, sprach zum Beispiel als „Vertreter der Sowjetregierung“ Herr Krasnow. Dieser Herr entpuppte sich bei einer Nachprüfung seiner Papiere durch die Polizei als der biedere Bürger des Deutschen Reiches — Herr Kössner aus Breslau. Die Turkestaner pflegen laßt in Deutschland in der KPD, unter deutschem Namen zu arbeiten. Daß man jetzt Deutsche als Turkestaner verkleidet, ist eine originelle Neuerung. Trotzdem dürfte auch diese Artifizerei wenig helfen.

## Maifeiertkämpfe in Riga.

Riga, 3. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am 1. Mai kam es in Riga bei den Demonstrationen der Arbeiterklasse zu blutigen Zwischenfällen, die von Jeshifentrupps hervorgerufen wurden. Die Polizei unterstützte die Jeshiften. Es gab insgesamt 30 Verwundete, darunter ist der Parteisekretär Genosse Bruno Kalina, der die sozialdemokratischen Ordnungsmannschaften befehligte.

## Neue Krise in Lausanne.

Nachdem die Türken eine von Frankreich, Italien und Rumänien angenommene Formel des Italieners Montana genehmigt hatten, die die gerichtliche Verfolgung von Ausländern von der Zustimmung französischer Justizbeamten in der Türkei abhängig machte, haben die Alliierten nun plötzlich durch den englischen Vorkämpfer Rumbold sich gegen diese Formel erklärt; sie fordern jetzt weitergehende Zugeständnisse. Dies lehnen die Türken entschieden und unbedingt ab. In anderen Rechtsfragen, wie der der Amnestie, hat man sich dagegen geeinigt.

werden. Die Cunard-Linie, eine der größten, welche Auswanderer befördert, verspricht jetzt den Auswanderern eine Reihe guter Dinge und Bequemlichkeiten. Unter anderem sollen sie während der Fahrt beim Essen die musikalischen Darbietungen des Schiffsrückleiters genießen. Ein schöner Fortschritt der Zivilisation, der gerade im richtigen Zeitpunkt kommt: denn in England hat eine Auswanderungswelle eingesetzt; zunächst sollen die englischen Arbeiter die verprochenen Genüsse der Seefahrt auskosten. Die Arbeitslosigkeit geht zwar in England langsam zurück, doch scheint es, daß die Herrschaft des industriellen Englands für lange Zeit zu Ende ist und daß die Arbeitslosigkeit, wenn sie auch langsam zurückgeht, doch eine ständige Erscheinung bleiben wird. Die europäische Staatskunst vermochte es nicht, die Währungs- zu stabilisieren, dagegen gelang ihr die Stabilisierung der Arbeitslosigkeit. Krieg und Kriegsfrieden drücken den Arbeitern den Wanderstab in die Hand!

Zuckerbrot in Amerika. Die Hausfrauen in allen Teilen der Vereinigten Staaten haben sich zu einer großen Bewegung gegen den Zuckerverbrauch zusammengeschlossen. Die Zuckerfabrikannten haben nach einem Wort des Generalsstaatsanwalts Daugherty „ihren Kautschuk auf den amerikanischen Frühstücksstisch gesetzt“ und spekulieren in unerhörter Weise mit den der Amerikanerinnen so lieben Süßigkeiten. Das Feldgeschrei der Hausfrauen lautet: „Keine Schokoladen mehr, kein Konfekt und die Enthaltung von jedem Zucker, bis die Preise fallen.“ Die großen Frauenklubs, von denen diese Bewegung ausgeht, glauben, daß ein streng durchgeführter Käuferstreik die Zuckerwucherer bald zur Uebergabe zwingen wird. Der Zuckerbrot soll aber nur der Aufsatz sein für einen Käuferstreik, der gegen die allgemeine Teuerung der Lebensmittelpreise protestieren soll. Die Mut gegen die Zuckerwucherer wird in Regierungskreisen für berechtigt gehalten. Die kubanische Erzeugung soll ziemlich umfangreich sein, und man nimmt an, daß die Spekulanten riesige Zuckermengen vom Markte fernhalten, um die Preise in die Höhe zu treiben.

Das Neue Volkstheater bereitet eine Aufführung von Barlaam Drama „Der tote Tag“ vor. Für die weibliche Hauptrolle wurde Hagen Strauß, für die Rolle Paul Gantner verpflichtet.

Barbara Kemp, die bekannte Soubrette der Berliner Staatsoper, ist in diesen Tagen zum letztenmal in der New Yorker Oper als Mona Lisa aufgetreten. Sie wird bereits im Mai wieder in der Berliner Staatsoper auftreten. Ihre erste Rolle ist die der Holde.

Ein Konzert zum Behen der notleidenden Studierenden der Berliner Hochschule, zu welchem sich namhafte Künstler zur Verfügung gestellt haben, veranstaltet die Universität am 7., abends 8 Uhr, in der Neuen Aula (alte Bibliothek).

Eine Ausstellung des staatlichen Bauhauses in Weimar findet von Mitte Juli bis Ende September statt. Der Termin für die Eröffnung der Ausstellung und außerdem für die besondere Bauhauswoche wird demnächst bekanntgegeben werden.

Ein Erfolg deutscher Funktechnik wird der Reichstelegraphenverwaltung von der Funkstelle Kuching in Sarawak auf Borneo mitgeteilt. Diese 11 000 Kilometer entfernte Funkstelle bestrahlt jede Nacht von 1 Uhr ab den Sender der deutschen Hauptfunkstelle Bönigsmüller aufzuweisen mit der Funkstation Subotik. Darnach sind die Zeichen nicht etwa nur vorübergehend zu beobachten, sondern mit gleicher Klarheit gut und deutlich aufzunehmen. Die Apparate der Subotiker Funkstelle sind ebenfalls deutsches Erzeugnis.



# Der Krupp-Prozess in Werden.

Werden, 4. Mai. (WZ.) Nachdem sich das Gericht für zuständig erklärt hatte, wurde zunächst Dr. Krupp von Bohlen und Halbach einem eingehenden Verhör unterzogen, das über eine Stunde dauerte. Durch immer neue Fragen sucht sich das Gericht Klarheit über das Verhältnis von Aufsichtsrat und Direktorium zu verschaffen, wobei Krupp insbesondere betont, daß dem Aufsichtsrat keinerlei Verwaltungstätigkeit zustehe, sondern daß die Verwaltung Sache des Direktoriums bzw. der einzelnen Direktoren sei. Arbeiterangelegenheiten unterständen nicht der alleinigen Entscheidung des Direktoriums, sondern würden mit dem Arbeiter- bzw. Betriebsrat besprochen und geregelt. Am verhängnisvollen 31. März hatte sich Krupp, nach seiner Befragung, wie an allen Tagen von der Villa Hügel in die Fabrik begeben. Vor seiner Abfahrt sei er telephonisch von der militärischen Besetzung der Autogarage benachrichtigt worden. Diese Nachricht habe er weder von einem Mitglied des Direktoriums noch in dessen Auftrag erhalten. Kurz vor 9 Uhr sei Direktor Hartwig zu ihm gekommen und habe ihm mitgeteilt, daß um 9 Uhr

gemäß einer Vereinbarung mit dem Betriebsrat die Sirenen in Tätigkeit

gesetzt werden würden. Die Arbeiter verlangten das unbedingt, da es sich bei den Autos der besetzten Garage um Wagen handelte, die für die Fabrik und hauptsächlich für die Arbeiterschaft benötigt würden. Er habe in diesem Augenblick das erstmalig davon gehört, daß eine solche Vereinbarung über das Ziehen der Sirenen mit dem Betriebsrat bestand. Später berichtete in einer Konferenz des Direktoriums Direktor Bruhn über das Ergebnis einer Geschäftsreise. Während der Besprechung verließ der eine und der andere Direktor das Zimmer, um sich zu erkundigen, was draußen vorgehe. Auf Zwischenfragen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts, ob ihm nicht der Gedanke gekommen sei, einzugreifen, um ein Unglück zu verhüten, das nach Ansicht des Staatsanwalts bei dem Zusammenströmen der Arbeiterschaft möglich war, erklärte der Angeklagte, daß ihm ein solcher Gedanke auch nicht im entferntesten gekommen sei, um so weniger, als bestimmt vor 10 1/2 Uhr das Sirenengeheul aufgeheert hätte und von der Straße kein Ton mehr in das nur etwa 100 Meter entfernt liegende Konferenzzimmer drang. Auch sei ihm berichtet worden, daß zwei Betriebsratsmitglieder mit einem Essener Stadtvorordneten zum kommandierenden General noch Bredenege unterwegs seien, um den General zur Zurückziehung der Truppen zu veranlassen. Auch seien, wie er wußte, schon wiederholt vor diesem Tage bei Besetzungen die Arbeiter durch Sirenengeheul benachrichtigt worden, ohne daß sich der geringste Zwischenfall ereignet habe. Auf eine Zwischenfrage des Staatsanwalts bestätigte Herr v. Krupp, daß er vor der Teilnahme an der Konferenz zweimal bis dreimal aus dem Fenster gesehen, aber von aggressiver Haltung und der

in der Anklageschrift behaupteten Bewaffnung der Arbeiterschaft mit Stöcken nicht das geringste bemerkt habe. Es war kurz nach 11 Uhr, als jemand ins Zimmer stürzte mit der Nachricht, es sei geschossen worden. In höchster Verwirrung sei alles aufgegriffen. Ein Teil der Direktoren sei auf den Korridor hinausgeeilt, die anderen und er selbst seien ans Fenster geeilt, wo sie die Flüchtenden Arbeiter noch sehen konnten.

Nun tritt eine Pause ein. In der Nachmittags Sitzung wurde zunächst kaufmännischer Direktor Ruhn vernommen. Er erklärte, das Gesamtdirektorium sei demokratisch organisiert, es seien acht koordinierte Direktoren, jeder habe sein eigenes Dezernat, in das die übrigen Direktoren nichts hineinzureden hätten. Bekannt sei ihm gewesen, daß im Fall militärischer Besetzung des Werkes Arbeiterdemonstrationen stattfinden sollten, zu denen auf Grund einer Abmachung die Herren Schröpfer und Cuny mit dem Betriebsrat durch Sirenen das Signal geben sollten. Er habe trotz der Vorgänge auf dem Werk seinen Direktionskollegen, darunter auch Krupp von Bohlen und Halbach, seinen Bericht in aller Ruhe erstattet, denn es war seine feste

Überzeugung, daß irgendein ernstlicher Zwischenfall ausgeschlossen sei; habe ihm doch Friß Thyssen einige Tage vorher die Vorgänge auf den Thyssen-Werken in Hamborn-Gehlsbacht, wo ein französischer Trupp von Tausenden von Arbeitern, die durch die Sirenen alarmiert worden seien, umringt worden und schließlich ohne den geringsten Zwischenfall abgezogen sei. Direktor Ruhn führte einiges betreffend die Persönlichkeit der verantwortlichen Herren Cuny und Schröpfer aus, damit es nicht aussehe, als ob auf diese Herren irgendeine Verantwortung abgeschoben werden solle. Beide seien alte erfahrene und erprobte Leute,

weit entfernt von jeder nationalistischen Tendenz, zu denen das Direktorium das Vertrauen haben konnte, daß sie keinerlei gewagte Experimente vornehmen würden. Ebenso bestche der Betriebsrat, der aus der gesamten großen Arbeiterschaft hervorgegangen sei, aus ruhigen, politisch geschulten Leuten.

Direktor Hartwig legt, als er auf das Werk gekommen sei, hätten ihm Cuny und Schröpfer mitgeteilt, daß der Betriebsrat mit ihrer Zustimmung das Ziehen der Sirenen beschlossen habe. Technischer Direktor Desterien gibt an, daß er technischer Direktor sei und die Konstruktionswerkstätte und von den 46 000 Arbeitern der Firma allein etwa 10 000 unter sich habe. Dreimal waren die Franzosen schon im Werk gewesen, ohne daß die Sirenen ertönt und sich irgend etwas ereignet hätte. Wenn also jetzt die Sirenen nach so langer Zeit ertönt, mußte etwas Besonderes vorgefallen sein. Es wurde noch mitgeteilt, daß die Sirenen auf ausdrückliches Verlangen und Drängen des Betriebsrates gezogen worden waren, und daß der Betriebsrat die Garantie übernommen hatte, daß bei dieser friedlichen Demonstration nichts passieren würde. Außerdem hörte ich, daß eine Kommission von drei Mitgliedern, darunter zwei vom Betriebsrat, zum kommandierenden General unterwegs sei, um Zurückziehung der Truppen zu verlangen. Er, Desterien, habe mehrmals zum Fenster herausgesehen, die Leute hätten nicht sehr dicht gedrängt gestanden, und seien auch

weder mit Stöcken noch sonstwie bewaffnet gewesen. Um 10 Uhr 35 Minuten hörten die Sirenen auf und er habe die Angelegenheit für erledigt gehalten. Um 1/2 mehr erregt sei er gewesen, als um 11 Uhr Schüsse fielen. Hierauf habe sich Krupp von Bohlen aus dem Werk nach dem Essener Hof begeben.

Um 4 Uhr trat eine kurze Pause ein. Besonderes Interesse rief die

## Vernehmung des Betriebsratsmitgliedes Müller

berord, der seine klaren, überlegten Antworten mit lauter Stimme abgab. Man habe ihm am 31. März telephonisch mitgeteilt, daß die Franzosen die Autogarage 1 besetzt hätten. Daraufhin habe er sich mit einem zweiten Mitgliede des Betriebsrates sofort an Ort und Stelle begeben und sich davon überzeugt. In ihrer Eigenschaft als Betriebsrat hätten sie sich zu dem besetzenden Offizier führen lassen und ihm erklärt, daß sie nach dem Betriebsratsgesetz für die unge störte Fortsetzung des Produktionsprozesses verantwortlich seien, und da die noch in Betrieb stehenden wenigen Autos zum Fortgang der Produktion unbedingt erforderlich

seien, gegen jede Beschlagnahme Protest einlegen müßten. Da der Offizier mit einer Handbewegung zu verstehen gab, daß die Angelegenheit für ihn erledigt sei, einigte sich der Betriebsratsaus schuß dahin, die Angelegenheit der Direktion zu unterbreiten und begab sich sofort zu den Direktoren Schröpfer und Cuny. Dort kam man zu dem Beschluß, die Sirenen ertönen zu lassen. Schröpfer habe ausdrücklich gefragt, ob der Betriebsrat in der Lage zu sein glaube, die Arbeiter im Falle von Demonstrationen bei der Stange zu halten. Der Betriebsrat versicherte, dies ganz bestimmt zu glauben. Unterdessen wurden die Sirenen in Tätigkeit gesetzt, und die Arbeiter strömten herbei. In diesem Augenblick näherte sich ein französisches Automobil, dem ein Offizier entsteigen

# Gemeingefährlicher Unfug.

Hindenburg und Citel Friß nehmen Paraden ab.

Vor uns liegen einige Exemplare von einer Werbeschrift, die von dem französischen Propagandadienst in der ganzen Welt verteilt werden. Es sind Bilder ohne viele Worte. Da steht auf dem Titel „Der französische Militarismus eine Bedrohung der Welt!“ Auf der Innenseite des Kartons ist zu lesen: „Zwei Bilder, am selben Tage im August 1922 aufgenommen.“ Links sehen wir den Marschall Foch und den französischen General Weggand in Zivil und lächelnden Gesichts, die Aktentasche unter dem Arm, auf einer Pariser Straße dahervandeln. Darunter steht „Der französische Kriegsgott“. Auf der rechten Seite aber ist die Unterschrift zu lesen: „Der deutsche Friedensgeist“, und darüber die ganze Hindenburg-Ludendorff-Demonstration vom August v. J. in München. Hinter und neben den beiden deutschen Korporalhäuten des Weltkrieges, die natürlich in ihrer vollen altpreußischen Uniform prunken mit dem ganzen wihelmianischen Ordensschmuck, stehen hunderte von älteren und jüngeren Offizieren im gleichen „Schmuck“, sämtlich mit der altpreußischen Biederhaube auf den erleuchteten Häuptern.

Schon damals hat der „Vorwärts“ mehrfach auf diesen Unfug hingewiesen und seine gefährlichen Konsequenzen in außenpolitischer Beziehung hervorgehoben. Diese dauernden kriegsmäßigen Paraden in einem Lande, das nach Vertrag und eigenem Recht den alten Militarismus abgeschafft hat, bedeuten eine so schwere Schädigung des deutschen Ansehens und der Welt, daß sich die Regierung Wirth in besonderen Verordnungen gegen dieses demoralisierende Uniformtragen wenden mußte. Die raffinierte Ausnutzung der, zur Freude aller deutschen Spießbürger hergestellten Photographien von der Münchener Parade durch den französischen Propagandadienst, zeigt, welches Unheil diese abgedankten kaiserlichen Offiziere noch in Friedenszeiten und in der Republik anrichten können.

Neuerdings reist Hindenburg nicht mehr mit seinem Spezialkollegen Ludendorff in der Welt umher, er sucht sich jetzt dazu einen anderen Reisegefährten, nämlich den wegen Kapitalverdiebung vorbestraften Ordensmeister Citel Friedrich von Hohenzollern. Nachdem die beiden neulich gemeinsam in Stettin eine Galtrolle gegeben, kommen sie jetzt nach Berlin. Am gestrigen Freitag abend nahmen sie in der Reichswehrkaserne zu Lichterfelde eine grobhartige „Huldigung“ der republikanischen Truppen entgegen. Unser Berichterstatter schreibt uns über das Schauspiel:

Die Steglitzer Straße zu Lichterfelde hat in den gestrigen Nachmittagsstunden ein ungewöhnliches Bild. Etwa gegen 5 Uhr versammelten sich nach und nach große Kindercharen vor der Kaserne des ehemaligen Garde-Schützen-Bataillons. Die Ansammlungen wuchsen immer mehr an, sodas der Verkehr auf dem Fahrweg sowie auf dem Bürgersteig stark behindert wurde. Merkwürdigerweise war nirgends Schuttpolizei zu erblicken, um hier verkehrsgemäß einzugreifen. Der neugierige Frager erhielt die Antwort, daß Prinz Citel Friedrich und Hindenburg den hier stationierten Reichswehrtruppen einen Besuch abstatten wollten. Daß etwas Wahres an der ganzen Sache war, merkte man daran, daß gegen 6 Uhr auf dem Turm der Kaserne die deutsche Kriegsflagge gehißt wurde. Und dann begann's.

Um 6 1/2 Uhr erschien zunächst ein Auto (Nr. I. E. 25680), gelenkt von einem Reichswehrsoldaten, vor dem Hauptportal. Der Insasse des Autos, ein offenbar höherer Offizier, musterte mit trübsamen Augen die Menge, um darauf durch das Oberportal der Kaserne zu verschwinden. Inzwischen verstärkte sich die Ansammlung, Einzelne Schupolente, die jetzt erschienen waren, machten nicht die geringste Miene, diesem verkehrserfordernden Zustand ein Ende zu bereiten. Straßenbahn und Fuhrwerke konnten nur mit großer Mühe ihren Weg durch die Menge bahnen. Um 7 Uhr preschte vor dem Portal 3 ein Auto heran. Ein unbegreiflicher Tumult, eine fürchterliche Hejragd entstand. Das Auto wurde mit Hurrarufen begrüßt, und als der Insasse, Prinz Citel Friedrich, in vollem Uniformglanz ausstieg, erfolgten monarchistische Ovationen. Man rief: „Hoch die Hohenzollern, es lebe der alte Preußengeist.“ Ein Reichswehrsoldat, in Kriegsschmuck und mit dem Stahlhelm auf dem Kopf, grüßte den Prinzen in militärischer Haltung. Die verstärkte Reichswehrwache salutierte. Einige Minuten später fuhr abermals ein Auto vor. Hier war der Insasse Hindenburg, der aber den Wagen nicht verließ, sondern gleich in die Kaserne hineinfuhr. Dabei entwickelten sich wieder unter militärischer Assistenz die gleichen Huldigungszenen. Kinder, mit Blumensträußen schlüpfen durch das Tor, was von den Reichswehrsoldaten nicht verhindert wurde. Väterlicher Gymnasialisten und Studenten folgten, um auf dem Hof der Kaserne den „hohen Gast“ abermals zu begrüßen. Als diese Ovation schließlich beendet war, erschienen mehrere Schupolente, die zum Teil ihre Extrauniform trugen. Aber auch diese machten keine Miene, die Menge zu zerstreuen. Born rechts und links am Kragen trugen sie die Nummerbezeichnung 3 und auch 13.

Den Abbruch bildete gegen 9 Uhr abends ein Fackelzug mit Zapfenstreich auf dem von Menschen dicht gefüllten Kasernenhof. Die Reichswehr gab den Rahmen für den Rummel ab mit Ehrenkompagnie und sonstigem Tamtam. Auf der Terrasse des Offizierkasinos standen neben einem höheren Reichswehrsoldaten der kaiserliche Prinz und der kaiserliche Feldmarschall. Sie lächelten huldvoll über die ihnen dargebrachten Huldigungen und nahmen ebenso huldvoll das Hurra entgegen, das ein Reichswehrsoldat auf den Generalfeldmarschall ausbrachte. Soweit unser Berichterstatter, der die ganzen Vorgänge von Anfang bis zu Ende mit angesehen hat. Schon seit Tagen waren wir auf die Vorbereitung dieses Empfangs zweier monarchistischer Größen durch die republikanischen Truppen von Lichterfelde aufmerksam gemacht worden. Ganz Lichterfelde mußte davon. Das Reichswehrministerium hat aber augenscheinlich ebensowenig etwas davon erfahren, wie das Ministerium des Auswärtigen. Denn wenn auch nur eines dieser beiden Reichsministerien wirklich davon Kenntnis gehabt hätte, so wäre es eine so unverantwortliche Unterlassung — wenn sie diesen Unfug nicht mit allen Mitteln verhindert —, daß wir sie den verantwortlichen Reichsbehörden nicht zutrauen können. Es bleibt also nur die Annahme, daß der festliche Empfang der beiden Monarchistenhäuptlinge in Lichterfelde über den Kopf des Reichswehrministers und des „Chefs der Heeresleitung“ hinweg veranstaltet worden ist, und daß auch das Reichsministerium des Heuers abichtlich darüber im Dunkeln gehalten wurde.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner

Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

Wir können nun nicht annehmen, daß der Reichswehrminister eine solche Uebergebung seiner Person und seiner Amtsstellen dulden wird, ohne die schuldigen Offiziere von Lichterfelde sofort aus ihren Ämtern zu entfernen. Und wir können ebensowenig annehmen, daß sich der Reichsminister und der Reichsaußenminister von irgendeinem Bataillonskommandeur der Reichswehr das ganze politische Konzept verderben lassen will. Deshalb unterbreiten wir ihnen die Tatsachen, die sie auf amtlichem Wege wahrscheinlich nicht erfahren würden und erwarten, daß sie schleunigst die gebotenen Konsequenzen ziehen.

## Aussagen des Leutnants Durieux,

eines früheren Kolonialoffiziers, der die französischen Truppen an dem verhängnisvollen Tage befehligt hat. Reise und mühsam entwarf der Zeuge ein Bild von den Vorgängen, wie sie sich seiner Ansicht nach entwickelt hatten. Jeder, der dieser Zeugenaussage beigewohnt hat, wird den Eindruck gewonnen haben, daß hier ein Offizier, der den sinnlosen Befehl hatte, mit 10 Mann einen Posten in den Kruppischen Werken zu besetzen und bis auf weiteres besetzt zu halten, gelaubt hat, diesen Befehl unter allen Umständen wörtlich auszuführen zu müssen, wie er durch das Sirenengeheul, die zu Tausenden anströmenden Arbeiter und die beruhigenden Ansprachen der Betriebsratsmitglieder an die Menge, die er nicht verstand, die aber seiner Ansicht nach die Menge noch immer weiter aufreizten und über die ihm zum Teil von einem, einige Worte Deutsch verstehenden Mitglied seiner Truppe unrichtige Angaben gemacht wurden, wie er angesichts dieser Vorgänge immer nervöser wurde und schließlich, den Kopf verlierend, nur noch durch den Feuerbefehl sich und seine Truppen retten zu können glaubte.

Hier brach der Vorlesende die Schilderung wieder ab und bei einer Konfrontation des Betriebsratsmitgliedes Müller und des Leutnants Durieux widersprach Müller in höchst wirkungsvoller Weise der Behauptung des Leutnants, daß seine Reden aufreizend auf die Menge gewirkt hätten. Er, Müller, sei es gewesen, der von Anfang an und schließlich unter Einwirkung des Lebens beruhigend auf die Masse gewirkt habe. Das würden auch seine Freunde, die als Zeugen geblieben wurden, vollständig bestätigen. Auch sonstige Angriffe, wie daß Müller sich dem Leutnant gegenüber als Chef der Garage bezeichnet habe, werden von Müller wirkungsvoll widerlegt, ohne daß der französische Leutnant unbedingt auf der Richtigkeit seiner Darstellung beharrt. Er hat die deutsch gesprochenen Worte Müllers damals nicht verstanden und sich ein falsches Bild gemacht.

Es war 8 1/2 abends, als schließlich noch anfänglichem Widerspruch der deutschen Verteidigung, der aber dann zurückgezogen wurde, der Prozeß auf morgen vormittag 8 Uhr vertagt wurde.

## Aus den Tagesliste der Schandurteile.

London, 4. Mai. (WZ.) Das französische Kriegsgericht verurteilte den Oberregierungsrat Glaurer von der Oberpostdirektion Speyer, weil er Anweisung erteilte, militärische, auf die Ruhrbesetzung sich beziehende Telegramme nicht weiterzuleiten, zu einem Jahr Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe; den Amtsrichter Schneider aus Speyer, der sich weigerte, vorgenannten Oberregierungsrat ins Gefängnis aufzunehmen, zu zwei Jahren Gefängnis und einer Million; den Postbeamten Friedrich Keller aus Neustadt, der sich geweigert hatte, Telegramme der Franzosen weiterzugeben, zu einem Jahr Gefängnis und zwei Millionen Mark Geldstrafe.



# Gewerkschaftsbewegung

## Gewerkschaften und Kommunistische Partei.

Bei der Beurteilung des Verhaltens und der Tätigkeit derjenigen Gewerkschaftsmitglieder, die der Kommunistischen Partei angehören, ist zu unterscheiden zwischen Gewerkschaftsmitgliedern, die politisch kommunistisch gefimmt und organisiert sind und den kommunistischen Parteimitgliedern, die gewerkschaftlich organisiert sind. Der Unterschied besteht darin, daß erstere sich im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung betätigen, während die kommunistischen Parteimitglieder diesen Rahmen zu sprengen suchen und die Gewerkschaften der Kommunistischen Partei unterordnen und deren Zwecken dienstbar machen wollen.

Die ADGB-Gewerkschaften können gleich den ASo-Angestelltenverbänden und den ADB-Beamtenverbänden mehr denn je von sich behaupten, daß sie politisch neutral sind. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß sie auf sozialistischem Boden stehen, ihrer ganzen Verfassung und ihren Zwecken nach stehen müssen. Die Gewerkschaften fragen lediglich nach der Berufszugehörigkeit. Bist du Kollege oder Kollegin von uns und willst du mit uns für günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten, wie für alle Bestrebungen, die damit in Verbindung stehen, dann bist du uns willkommen. Welcher Abstammung du bist, von welcher Religion du dich bekehrst oder ob du wie Schüler dich zu keiner bekehrst, aus Religion, welcher politischen Partei du angehörst, das ist keine Sache, die mit der Gewerkschaft nichts zu tun hat, die du deshalb auch nicht in die Gewerkschaft hineintragen darfst.

Eine Einheitsfront aller Arbeitnehmer ist auf diese Weise sehr wohl möglich. Auch die christlichen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften können sich diesem Rahmen einfügen. Wenn sie haben eine andere Grundeinstellung als die sozialistische, was sie nicht hindert, in praktischen Fragen mit uns zusammenzugehen. Die Kommunistische Partei jedoch, die die Einheitsfront der Gewerkschaften am lautesten im Munde führt, verpflichtet ihre gewerkschaftlich organisierten Parteimitglieder in den Gewerkschaften mit allen Mitteln, rücksichtslos gegen die Sache, gegen die Satzungen und Beschlüsse der Gewerkschaften, wie insbesondere auch persönlich gegen die Funktionäre, Angestellten und Führer der Gewerkschaften vorzugehen, um so die

### Unterordnung der Gewerkschaften

unter die kommunistische Parteiführung zu erzwingen. Mitglieder der kommunistischen Partei, die nicht in dieser Weise die Selbständigkeit der Gewerkschaften untergraben, die sich mehr an die Beschlüsse der Gewerkschaften halten als an die gegen die Gewerkschaften gerichteten Beschlüsse der Kommunistischen Partei, werden mit Ausschluß aus der Partei bestraft. Sie sind in die Zwangslage versetzt, in ihrer Gewerkschaft entweder als Gewerkschaftler mitzuarbeiten und den Ausschluß aus ihrer Partei zu riskieren oder aber den Anweisungen ihrer Partei gegen die Gewerkschaft zu folgen und so den Ausschluß aus der Gewerkschaft zu provozieren.

Nach dem Kriege hatten die Gewerkschaften zwar einen gewaltigen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, allein sie hatten keine Zeit, die neuen Mitglieder gehörig einzugliedern, sie gewerkschaftlich zu schulen. Die Mehrzahl dieser neuen Mitglieder wollte gleich ernten, wo sie noch nicht gesät hatte; die Gewerkschaften sollten die außergewöhnlich ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Handumdrehen verbessern. Die kommunistischen Zeilenbauer kamen dieser Illusion entgegen. Es sei sehr wohl möglich, diese neuen Erwartungen zu erfüllen. Allein die Gewerkschaftsführer seien zu rücksichtslos und zu feige, die Macht der Gewerkschaften dafür einzusetzen. Bekämpfe erst einmal die Kommunisten die Führung, dann werde das bald anders werden. Keine Einzelstreiks!

### Generalsstreik auf Generalsstreik

führe zur Weltrevolution und beseitige die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit einem Schläge, wie es angeblich in Rußland geschehen sei. Die Russen, das seien Kerle, die die Sache anzupacken wüßten. Ihnen müßte man es nachmachen, wie es in Deutschland die neue, die kommunistische Partei fordere und nicht den „Schlappen“, „reaktionären“ und „verräterischen“ deutschen Gewerkschaftsführern. Jög diese krupellose Agitation viele der vordem Unorganisierten und Gelben an, so stieß sie auf der anderen Seite viele ältere besonnene Gewerkschaftsmitglieder ab. So kam es, daß die kommunistische Partei in manchen Gewerkschaften Oberwasser gewann. Da durch ihre Agitation auch unter den Unorganisierten in den Betrieben sich da und dort eine Mehrheit für kommunistische Aktionen fand, wie für den Streik der Antikarbidarbeiter in Ludwigshafen a. Rh., kam es schließlich zu solchen „großartigen“ Aktionen, deren schädlicher Ausgang für die beteiligten Arbeiter vorauszu sehen war. Zu den Enttäuschten und vom dem kommunistischen Treiben Abgestoßenen kamen solche aus dem Lager der Mitglieder der Kommunisten, die deren Versprechungen ernst genommen hatten und sich nun wieder auf die Seite der Gelben schlugen. Die Gewerkschaften konnten unmöglich länger zusehen, wie ihre Organisationen systematisch geschädigt wurden und mußten zur Gegenwehr greifen, wozu sie mitunter dann erst kamen, wenn es fast schon zu spät war. Die kommunistische Partei zwingt

### den Gewerkschaften den Kampf um ihre Existenz

erneut auf, den sie jahrzehntelang gegen Unternehmertum, Polizei und Klassenjustiz zu führen hatten. Die Gewerkschaften können sich in diesem Kampfe nur behaupten, wenn alle ihre Mitglieder, die sich dieser Partei nicht tributpflichtig machen wollen, besser zusammenstehen, an den Versammlungen und Abstimmungen vollständig teilnehmen und keine Gelegenheit ungenutzt lassen, für ihre Gewerkschaft einzutreten. Mitglieder, die sich den Satzungen der Gewerkschaften, den Beschlüssen der Verbandstage und den entsprechenden Maßnahmen und Beschlüssen der zentralen und örtlichen Verwaltungen nicht anpassen wollen, müssen ausgeschlossen werden. Dann erst kann eine gründliche Aufklärung der ungeschulten Mitglieder einsehen und der gewerkschaftlichen Tätigkeit größere Erfolge gesichert werden.

### Verhandlungstermin in Sicht!

Gestern abend empfing der Reichsfinanzminister die Vertreter der Spitzenverbände der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Der Minister sagte zu, daß die laut früherer Vereinbarung am 11. und 15. Mai zu zahlenden Bezüge alsbald abbezahlt werden, und daß über die weiteren Wünsche der Spitzenverbände nach Abschluß der möglichst zu beschleunigenden Vorarbeiten alsbald ein Termin zu weiteren Verhandlungen bestimmt werden würde.

### Die Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab.

Die Funktionäre der Metallarbeiter aus dem dem Verband Berliner Metallindustrieller angegliederten Betrieben und der zum Metallarbeiter gehörigen Organisationen nahmen gestern abend im Arbeitervereinshaus Stellung zu dem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch. Darüber berichtete Ulrich.

Nach dem Spruch sollen ab 30. April erhalten die in Klasse 1 bis 5 eingruppierten Arbeiter über 21 Jahre 1395 bis 1440, 1355 bis 1400, 1315 bis 1360, 1265 bis 1310 und 1225 bis 1270 M. Die Akkordlohn sollen mit Stundenzuschlag betragen 1360 und 35, 1320 und 35, 1280 und 35, 1240 und 25 und 1200 und 25 M. Die Arbeiter im Alter von 18 bis 21 Jahren in Klasse 1 1180 bis 1225 und der 5. Klasse 1035 bis 1080 M. erhalten. Akkordlohn und Zuschläge wie bei den älteren Arbeitern. Für jugendliche Arbeiter im Alter von 14 bis 18 Jahren ist ein Stundenlohn von 290 bis 500 M. vorgegeben; für jugendliche Arbeiterinnen von 280 bis 520 M. (Einstellungslohn bei den Jugendlichen 10 M. weniger.) Arbeiterinnen über 21 Jahre sollen 945 bis 975 M. Stundenlohn erhalten und eine Akkordbasis von 930 M. und 15 M. festen Stundenzuschlag. Arbeiterinnen von 18 bis 21 Jahren einen Stundenlohn in Höhe von 795 bis 825 M. und die gleiche Akkordbasis.

In der folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner gegen die Annahme dieses Schiedsspruches aus, der bei der Abstimmung auch mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Es wird nun noch eine Urabstimmung in den Betrieben stattfinden. Die Verhandlungsmitglieder werden gebeten, auf die bezüglichen Bekanntmachungen in der Presse zu achten. Schließlich wurde noch aus der Ritze der Versammlung eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission mit der Aufgabe gewählt, bei den neuen Verhandlungen bzw. im Schlichtungsverfahren mitzuarbeiten.

### Kampf in der Textilindustrie? Abgelehnte Verbindlichkeitserklärung.

Der Antrag des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, den er gegen den Nordostdeutschen Textil-Arbeitgeberverband erzielte, wurde abgelehnt mit folgender Begründung:

Der Beschwerdegegner hat sich bereit erklärt, die für den Monat März vereinbarten Löhne mit Rücksicht auf die erneut eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung zu erhöhen, und zwar entweder für die Zeit vom 10. bis 30. April 1923 um 10 Proz., oder für die Zeit vom 10. April bis 10. Mai 1923 um 15 Proz. Die Antragsteller haben beide Angebote abgelehnt. Es kann dahingestellt bleiben, ob die sich danach ergebenden Lohnsätze den in den anderen Bezirken Deutschlands in der Textilindustrie gezahlten Löhnen entsprechen. Ein öffentliches Interesse für die zwangsweise Regelung der Entlohnung kann jedenfalls nicht anerkannt werden, nachdem über die Höhe der zurzeit zu zahlenden Löhne kein Streit zwischen den Parteien mehr besteht, sondern nur noch die Bezahlung der Arbeitnehmer während der Zeit vom 1. bis 10. April strittig ist. Es muß den Parteien überlassen bleiben, sich hierüber zu verständigen. Dem Schiedsspruch war daher die Verbindlichkeit zu verweigern.

Der Textilarbeiterverband schreibt uns hierzu:

Diese Entscheidung ist endgültig und kann durch Rechtsmittel nicht angefochten werden. Es bleibt also nur der Kampf übrig. Der Deutsche Textilarbeiterverband wird diesem Kampf nicht hindernd im Wege stehen. Es kommt nur darauf an, wie sich die Anhänger der roten Gewerkschaftsinternationale, Unionisten, Syndikalisten und andere Isten dazu stellen, oder ob sie wieder wie schon in früheren Fällen, mutig vor dem Kampf zurückweichen, um dann desto lauter über den Verrat des Deutschen Textilarbeiterverbandes schreiben zu können. Im Lauf der Woche vom 7. bis 12. Mai finden Branchen- und Betriebsversammlungen statt, um über die weiteren Schritte zu beraten. Nähere Auskunft über die Versammlung wird durch Handzettel oder im Bureau erteilt werden.

### Kommunistische Berichterstattung.

#### Zur Generaterversammlung der Holzarbeiter.

Die Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes schreibt uns:

Nach sehntätigem Ueberlegen hat die „Rote Fahne“ in ihrer Nr. 99 vom 4. Mai schon einen Versammlungsbericht gebracht, und auch dies erst, nachdem ihr die Ortsverwaltung am 27. April einen schriftlichen Bericht zugeföhrt und am 3. Mai nochmals um dessen Veröffentlichung ersucht hatte. Die entstellte Wiedergabe des Verlaufs der Versammlung veranlaßt uns, die Verdrehungen der „Roten Fahne“ richtigzustellen.

Die „Feststellung“ des Berichterstatters (der in der Versammlung am 24. April anwesend war und Mitglied unseres Verbandes ist), daß es die Kommunisten in der Diskussion sehr leicht hatten, die Gewerkschaftspolitik in das rechte Licht zu rücken, ist nicht neu, da die Kommunisten infolge ihrer politischen Einstellung ja alle verurteilen, die nicht ihren Parolen folgen. Jedoch haben wir festzustellen, daß ganz besonders ein Kollege die Tätigkeit der Ortsverwaltung insoweit würdige, als er beantragte, die Verwaltung paritätisch mit den Amsterdamer zu besetzen. Im übrigen sagt der von der Verwaltung gedruckt herausgegebene Bericht das Gegenteil dessen, was die „Rote Fahne“ schreibt. Es ist richtig, daß die Versammlungsleitung einen Antrag auf paritätische Zusammensetzung der Ortsverwaltung zur Abstimmung nicht zuließ, weil er gegen die Verbandsbeschlüsse verstößt, und auch in einer vorausgegangenen Generaterversammlung durch Beschluß die Fraktionsbildung abgelehnt worden war. Es würde aber auch für die Generaterversammlung einer Organisation lächerlich sein, wenn man es den parteipolitischen Gruppen überlassen würde, die Organisationsleitung zu dirigieren, und die Generaterversammlung nur Ja und Amen dazu zu sagen brauchte. Damit wäre die höchste Instanz einer Organisation ausgeschaltet. Es ist un wahr, daß Anträge, die gestellt wurden, nicht zur Abstimmung gelangt sind. Wahr ist, daß ein Antrag, der besagt, daß die bisher amtierende Ortsverwaltung en bloc wieder gewählt werden soll, mit großer Mehrheit zur Annahme gelangte, womit der Antrag auf Urwahl erledigt war. Eine starke Annäherung des Berichterstatters ist die Behauptung, daß sich durch Abstimmung mittels Stimmzettel eine unbedingte Mehrheit für die Urwahl ergeben hätte. Es muß im Gegenteil dazu festgestellt werden, und das hat die Wahl der engeren Verwaltung durch Affirmation erwiesen, daß drei Viertel der anwesenden

Delegierten für die bisherige Verwaltung eintraten. Ob das Verfahren bei den Wahlen diktatorisch war, überlassen wir schon der Beurteilung derjenigen, denen nach Objektivität ausgesprochen werden kann. Daß bei den Wahlen, die mittels Stimmzettel vorgenommen wurden, die sogenannte Opposition nicht den gewünschten Erfolg hatte, ist Beweis genug für unsere Darstellung. Die Ortsverwaltung hat auch keine Anträge für nichtig erklärt. Es sind im Gegenteil Anträge, die auf dem Gaulag keine Annahme fanden, erneut auf die Tagesordnung gesetzt und zur Abstimmung gebracht worden. Allerdings konnten nicht die von der erweiterten Verwaltung abgelehnten Anträge der Generaterversammlung erneut vorgelegt werden. Es bedurfte keiner Anwendung von demagogischen Kniffen, da ja die Versammlung volle Entscheidungsfreiheit hatte.

Die Mehrheit der Berliner Holzarbeiter lehnt es ab, sich ihres Mitbestimmungsrechtes berauben zu lassen und wird jederzeit von ihrer Verwaltung über ihre Tätigkeit Rechenschaft verlangen; sie lehnt es aber auch weiter ab, sich der Diktatur einer Minderheit zu fügen, die keinen ernsthaften Willen zur praktischen Gewerkschaftsarbeit zeigt. Soweit die Wiederwahl der Angestellten in Frage kommt, hat der Berichterstatter die Erklärung, die auch von kommunistischen Kollegen anerkannt worden ist und die besagt, daß alle angestellten Kollegen sich verpflichten, nur nach den Beschlüssen der Verbandstage und Generaterversammlung sich zu betätigen und es abzuwehren, einer politischen Parteiführung für ihre Gewerkschaftsarbeit Rechenschaft abzulegen, verweigert zu veröffentlichen. Damit dürfte der Beweis erbracht sein, daß auch die im Holzarbeiterverband sich betätigenden kommunistischen Kollegen von dem Berichterstatter der „Roten Fahne“ weit abirren.

### Verbindlichkeit des Bau-Reichstarifs.

Der seit dem 1. August 1922 geltende Reichstarifvertrag für das Baugewerbe ist nunmehr rückwirkend für diesen Zeitpunkt, unter dem 20. April 1923 für allgemein verbindlich erklärt worden. Die Verbindlichkeitserklärung begrenzt jedoch den Geltungsbereich des Reichstarifvertrages und beschränkt sich auf die gewerblichen Arbeiter im Bau-, Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Eisenbeton- und Tiefbaugewerbe. Das Arbeitsverhältnis der nicht in Baubetrieben, sondern in Industriebetrieben dauernd mit Instandsetzungen, oder Erneuerungsarbeiten beschäftigten Bauarbeiter bleibt von der Verbindlichkeit des Tarifs frei, ebenso auch das Arbeitsverhältnis der in Reichs-, Staats- oder Kommunalverwaltungen ständig beschäftigten Bauarbeiter. Industrie, Gemeinden, Kommunalverbände und auch der Reichsfinanzminister (für das Reich und die Länder) hatten gegen die Einbeziehung ihrer Regiebauarbeiten in die Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages protestiert und damit den gewünschten Erfolg erzielt.

Der Deutsche Bauergewerksbund bezweifelt, ob der Industrie und den Kommunen damit gedient ist, daß ihre Bauarbeiten dem Reichstarifvertrage nicht unterliegen.

Im Zusammenhang mit der Verbindlichkeitserklärung wurde die Frage beantwortet, ob bei den sogenannten Rosslandsarbeiten der volle Tariflohn zu zahlen ist. Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung erklärte hierzu, daß wohl die bei Rosslandsarbeiten beschäftigten Facharbeiter, Vorarbeiter und Meister, die zur ordnungsmäßigen Durchführung der Rosslandsarbeiten neben den Erwerblosen, beschäftigt werden müssen, nach den vereinbarten Tarifen zu entlohnen sind, nicht aber die Rosslandsarbeiter. Unter Hinweis auf § 8 Abs. 1 der Verordnung über Erwerblosenfürsorge vom 1. November 1921 wird erklärt, daß der Reichsarbeitsminister oder die von ihm bezeichnete Stelle berechtigt ist, bei Rosslandsarbeiten oder anderen mit Mitteln der Erwerblosenfürsorge unterstützten Arbeiten, zu bestimmen, welcher Lohn als angemessener ortsüblicher Lohn zu gelten hat. Hierbei ist die Entscheidung an bestehende Tarifverträge nicht gebunden, da die erwähnte Vorschrift der Verordnung als Sondervorschrift den allgemeinen Vorschriften über die Unabhängigkeit der Tariflöhne in §§ 1 und 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 vorgeht.

Internationale Aktion der Transportarbeiter. Der Internationale Transportarbeiterverband veröffentlicht eine Erklärung, wonach am 23. Mai in Berlin eine Besprechung zwischen Vertretern des Internationalen Transportarbeiterverbandes und der allrussischen Organisationen von Transportarbeitern, Eisenbahnern und Seelenten stattfinden werde. Diese werde die Notwendigkeit und Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens der Transportarbeiter aller Länder zur Bekämpfung der Kriegsgesfahr und des Faschismus erörtern. Wahrscheinlich werde die Besprechung zwei bis drei Tage dauern.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Hermann-Brosch G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Brosch-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Pflanz 1. Blatt.

**Beim Krafffahren Geld sparen!**

Größte Haltbarkeit, Elastizität u. Betriebsstoff-Ersparnis machen

**Continental**

**Cord**

zum wirklich billigen Reifen.

**Unreines Blut** und dessen Folge-Erkrankungen wie Hautausschlag, Furunkel, Geschwülste werden beseitigt d. Anwendung einer **Frühjahrskur** mit Dr. Hoffmanners ges. gesd. **Arsen-Licithin-Pillen**. Leicht bekömmlich / Bismutlos! / Ausführliche Literatur gratis. **Melanin-Apothek**, Berlin W, Leipziger Str. 14 (Dönhofsplatz) Zentrum 7192.

**SUNLIGHT SEIFE**

Achteckstück

Die billigste und beste Seife zur Körperpflege



Sonntägliche Wanderziele.

Spechtshausen.

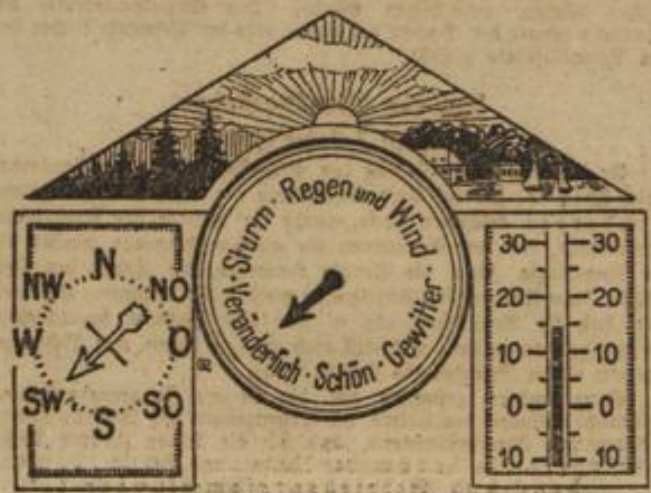
Vom Stettiner Fernbahnhof fahren wir bis Eberswalde. Sonntagsrucksacktour, die zur Hinfahrt von Sonnabend mittag an berechtigt (IV. Klasse 1000 M.). An den Anlagen der Eisenbahn-Hauptwerkstätten vorüber bringt uns die Eisenbahnstraße zum Eisenplatz. Dann durch die Jäger- und Schilderstraße zur Forstakademie, die 1830 von Berlin hierher verlegt wurde. Wir überqueren die Schwärze und wandern nun auf der schattigen Promenade am Weidenbaum und durch die Brunnenstraße zum Gesundbrunnen. Bereits 1572 wurde die schwefel- und eisenhaltige Königsquelle auf dem Gesundbrunnenberge von dem Arzt Leonhard Thurneisser als heilkräftig festgestellt. Auf der Promenade kommen wir zum Jahnhammer, einem ehemaligen Eisenhüttenwerk. Hier gehen wir wieder über die Schwärze und sind bald am Wasserfall. Wir wandern am alten Wasserfall (Herthafall) vorbei wieder zur Schwärze, überschreiten sie, und erreichen nach kurzer Wanderung Spechtshausen. 1708 wurde hier durch den Hammermeister Specht ein Eisenhüttenwerk, und 1781 eine Papiermühle angelegt, die noch heute im Betrieb ist. Hier wurde früher ausschließlich das Papier für die Bantnoten hergestellt. Bei der jetzt herrschenden Papiergeldnot kann die Spechtbauener Mühle allein den Bedarf nicht mehr decken; viele andere Papiermühlen fertigen jetzt ebenfalls das nötige Papier an. Bei Spechtshausen verlassen wir die Schwärze. Wir wandern etwa 500 Meter auf der Chaussee weiter und wenden uns dann links ab, anfangs am Waldbande, zum Konnenfließ, das bei Spechtshausen in die Schwärze mündet. In einem tief eingeschnittenen Tal zieht das Fließ dahin; die Hänge sind von prächtigen Waldbeständen. Vorwiegend ist es Buchenwald, während Erlen das Fließ begleiten. Der Waldboden zeigt den Blumenteeppich, den wir zu dieser Jahreszeit im Laubwalde immer antreffen. Blaue Leberblümchen und weiße Anemonen, dazu der ebenfalls weißblühende Sauerflee und der duftende Waldmeister. Vielleicht finden wir auch schon die zweiblättrige Schottenblume und ihre Verwandte, das Waldstorchlein, blühend. Auch weiße und rote Laubnessel (Bienenlauch) sehen wir. Wir wandern dem Lauf des Konnenfließes, das sich in zahllosen Krümmungen durch das Waldtal schlängelt, entgegen. Unten im Tal liegt das „Gesicht“, eine ehemalige Hadernpapiermühle. Bald sind wir am „Liefenkrütz“, wo früher ein Schutzhäuschen stand, das jedoch den Witterungsunbilden zum Opfer gefallen ist. Von der Fließblende steigt der Weg nordöstlich auf den Hang empor. Durch schönen Wald kommen wir zum Forsthaus Kornemannspflanz. Nun folgen wir der alten Poststraße etwa 12 Minuten nordöstlich bis zum Gehell i. Hier, an der Stelle der ehemaligen „Bunten Bude“, biegen wir auf den Gehellweg links ab. Nach einer Viertelstunde geht der Weg rechts ab und bringt uns an die Chaussee, der wir rechts nach dem Gesundbrunnen und Eberswalde folgen. Von hier kommen wir durch die Brunnen-, Mertens- und Kaiser-Friedrich-Straße zum Bahnhof Eberswalde zurück. (Weglänge etwa 18 Kilometer.)

und bleiben diesseits des Fließes, auf dessen Westufer wir weiter wandern. Das Fließ wird hier ebenfalls von einem sehr schönen Erlenbruchwald besäumt. Die Erlen stehen gewissermaßen auf Stelzen, die verhüten, daß bei hohem Wasserstand das Wasser an den Stamm gelangt. Hier sehen wir den großen Sauerampfer und den großen Nachbarn. Wir bleiben in der Nähe des Fließes und gelangen schließlich zum Stienhiesee, an dessen Westende wir weiterwandern. Zahlreiche Quellen sprudeln aus den Uferhängen und ergießen ihre Wasser nach kurzem Lauf in den See. Sobald die Jahreszeit wärmer ist, wird hier an schönen Sonntagen ein reges Lager- und Badesleben herrschen. Am Ende des Stienhieses wenden wir uns rechts ab, am Jaun entlang, und kommen zur Straße, der wir links nach Lasdors folgen. Wir gehen links ab, überschreiten das Stienhieseflöß und wandern dann rechts zum Tiefbau der Rüdersdorfer Kalkberge. Vom Wege aus haben wir schöne Einblicke in den Tiefbau. In den Gehäusen bei den Kalkbergen finden wir die seidenhaarige Anemone, eine Art, deren Blütenblätter außen von seidenweichen Härchen bedeckt sind. Von der Kreuzbrücke schauen wir über den alten Tiefbau und den „Bergsee“, der sich auf seinem Grunde gebildet hat. In den Mauerritzen auf der Westseite der Brücke gedeiht das seltene Mauereisenkraut, ein bläulichblühendes Blümchen. Es ist ebenso wie die seidenhaarige Anemone eine Eigenart von Rüdersdorf. Wir wandern von der Kreuzbrücke zum Bahnhof Rüdersdorf, um nach Berlin zurückzufahren. (Weglänge etwa 12 Kilometer.)

Eine gefährliche Fähr.

Aus Caputh schreibt man uns: In der Nummer 173 vom 14. April wurde der unhaltbare Zustand geschildert, welcher hier in Caputh durch die Brahmfähre besteht. Am Sonnabend nachmittag ereignete es sich, daß die Fähr so voll Wasser lief, daß das Publikum bis an die Knöchel

Wie wird das Sonntagswetter?



Seit Beginn dieser Woche zogen mehrere Tiefdruckgebiete rasch hintereinander vom Atlantischen Ozean nach dem europäischen Nordmeer hin und dann mit mäßiger Geschwindigkeit nach Skandinavien und Finnland weiter, während von Südwesten her ein Hoch langsam nach Mitteleuropa vordrang. In Deutschland herrschte daher anfangs ziemlich kühles, trübes Wetter mit frischen westlichen Winden bei weitem vor und fanden zahlreiche, besonders an der Küste großenteils orgiebige Regenfälle statt. Aber nachdem sich gegen Mitte der Woche das Hoch weiter nach Norden ausgedehnt hatte, klärte sich der Himmel allmählich auf und wurde es überall wärmer. Am Mittwoch nachmittag stieg das Thermometer in Karlsruhe bis auf 25° Celsius. Jetzt ist bei Island ein neues atlantisches Tiefdruckgebiet aufgetreten, das ziemlich langsam nordostwärts vorzurücken und sich weit nach Westen hin zu erstrecken scheint. An seiner Südseite dürften sich einzelne Teiltiefs ausbilden und das mitteleuropäische Hochdruckgebiet mehr und mehr nach Südosten zurückdrängen. Bei mäßigen, zwischen Süd und West schwankenden Winden haben wir daher für Sonnabend und Sonntag mildes, größtenteils heiteres, aber veränderliches Wetter zu erwarten; mehrmals dürfte etwas Regen fallen; auch kurze Gewitter sind nicht ganz unwahrscheinlich.

Bahnhof Strausberg—Kalkberge—Rüdersdorf.

Mit den Vorortzügen der Ostbahn fahren wir von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn oder vom Briesener Bahnhof (am Schleifischen Bahnhof) nach Strausberg. Vom Bahnhof wandern wir neben der Bahn nach Osten und überschreiten am nächsten Hebergang die Gleise. Wir folgen der Chaussee bis zur Brücke über das Stienhiesfließ. Vor der Brücke liegt links, zwischen der Chaussee und dem Fließ, ein Erlenswald, der diese bezeichnende Pflanzen eines solchen Waldes birgt. So sehen wir hier die weiße, die rote und die in der Umgegend Berlins ziemlich seltene gelbe Laubnessel, das Lungenkraut, in manchen Gegenden, wie z. B. in Ostpreußen, auch „Händchen und Händchen“ genannt, dessen Blüte vor der Befruchtung rot und nach der Befruchtung blau ist, das gelbblühende Schöllkraut, die weiße Sternblume und den Gänsefuß. Auch die zweiblättrige Schottenblume kommt hier vor, mitunter in großen Beständen. Wenn sie noch nicht blüht, dann hat sie nur ein Blatt, das zweite wird erst mit der Entwicklung der Blüte ausgebildet. Auf dem Waldeshoden werden wir auch weißlichbraune Pflanzengestirbe sehen, die Schuppenmoose, die aus den Wurzeln der Bäume schmarotzt. Da die Pflanze die fertig zubereitete Nahrung den Selbstbäumen ihrer Wirtspflanzen entnimmt, hat sie nicht nötig, Blattgrün zu bilden, um die Umwandlung der Aufbaustoffe selbst vorzunehmen. Auf dem jenseitigen Ufer des Fließes liegt der Lannengrund, eine dichte Pflanzung von Fischen oder Kottannen. Hier ist auf dem in tiefem Schatten liegenden Waldboden ein Pflanzenwuchs nahezu unmöglich. — Wir verlassen die Chaussee

im Wasser stand; dann mußte der Betrieb zur Entleerung ausgelegt und nach dieser mit halber Belastung wieder aufgenommen werden. Die Behörde hatte zur Regelung des Verkehrs und Berührung von Unfällen drei Polizeibeamte gestellt. Wären keine behördlichen Maßnahmen getroffen worden, so wäre nicht auszuwenden, was hätte passieren können. Im Ort hört man nur die Frage: Wie groß muß erst ein Unglück sein, ehe man sich bereit findet, Abhilfe zu schaffen.

Für Caputher Ausflugler.

Vom Gewerkschafts-Kaputl wird uns folgendes geschrieben: Wir haben in unserem Ort kein Parteilokal mit Saal und Uebernachtungsgelegenheit. Da der hiesige Parteilokale Reich, Schmidt, Weberstraße 36, die Schillerriege des Arbeiter-Turnvereins auf die Straße gewiesen hat, haben sämtliche Organisationen die Konsequenzen gezogen und dieses Lokal geräumt. Die übrigen beiden Saalbesitzer, im alten Krug und Martini, haben infolgedessen ihre Säle nicht zur Kasseier zur Verfügung gestellt. Wir haben laut Gewerkschaftsbeschluss für alle drei Lokale die Karole „Passive Resistenz“ ausgeben. Es kommen jetzt für alle Auswärtigen und Ausflugler in Caputh nur das Lokal Albert Dähne, Chausseestraße 16, und das Restaurant am Schwielowsee, Inhaber Otto Schade, in Betracht.

Schweizer Gäste in Berlin.

Gestern trafen 40 Parteigenossen aus der Schweiz hier ein, die eine zehntägige Studienreise durch Deutschland unternahmen. Es sind Genossen der verschiedensten Berufe und aus allen Teilen der Schweiz, die auf Anregung der Schweizerischen Arbeiterbildungszentrale sich an diese Reise beteiligen. Der Beigeordnete der Reise ist: Von der Arbeitsstätte zur Bildungsstätte. Die Genossen wollen das schaffende Volk Deutschlands an der Arbeit sehen und zugleich die Bildungsanstalten der sozialistischen Arbeiterschaft kennen lernen. Die Reise führt nach Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Der beabsichtigte Besuch in Essen mußte wegen der Ruhrbefehung aufgegeben werden. Das Programm des Aufenthalts ist in allen drei Orten nach den gleichen Gesichtspunkten ausgeführt: Beschäftigung von Betrieben, darunter auch der Eigenbetriebe der Arbeiterschaft, sowie Studium des Bildungswesens.

Unsere Schweizer Freunde trafen gestern morgen in Berlin ein. Eine Anzahl von Parteigenossen hatten sich bereit erklärt, den Gästen für die drei Tage ihres Aufenthalts Unterkunft zu bieten. Dadurch, daß sie Privatquartiere nehmen, kommen sie in engste Fühlung mit unseren deutschen Genossen und lernen die deutschen Verhältnisse, insbesondere auch die Lage der Arbeiterschaft von der Seite der Wirklichkeit kennen. Am gestrigen Abend fand in der Aula des Realgymnasiums Reußlin, Kaiser-Friedrich-Straße, eine zwanglose Begrüßungsfeier statt. Der Abend wurde ganz von unserer Reußliner Arbeiterjugend ausgefüllt, die, wie Genosse Weimann in seinen einleitenden Worten betonte, zeigen wollte, was sie eigener Kraft leisten kann. Und unsere Arbeiterjugend wußte die Gäste zu verpflichten! Ein Kinder- und Jugendchor traten auf, Volkslänze und Lieder zur Laute wurden geboten. Im Mittelpunkt aber stand die Aufführung der „Kreuzabnahme“ von Karl Bröger, eines Spieles von der Ueberwindung des Hasses durch reines, Liebes atmendes Menschentum. Das Spiel war ein Wagnis, aber es gelang und der Beifall namentlich unserer Gäste war groß über das Gebotene. Begrüßungsmorte sprachen neben dem Genossen Weimann Genosse Dr. Braun vom Parteivorstand, Friede für die Berliner Gewerkschaftskommission, Stadtrat Schneider-Reußlin, der den Schweizer Genossen gleichzeitig auch den Dank aussprach für das Liebeswort, das die Schweizer Bevölkerung den unterernährten deutschen Kindern erwiesen hat, und Jugendgenosse Ismer, der namens der Reußliner Arbeiterjugend die Gäste in temperamentvoller Jugendlicher Art begrüßte. Genosse Reinhard-Bern dankte namens der Schweizer Genossen mit bewegtem Herzen für die gastliche Aufnahme und sprach besonders der Arbeiterjugend warme Worte der Anerkennung aus.

Unsere Schweizer Genossen besichtigen heute, nachdem sie gestern der Volksbühne einen Besuch abstatteten, die Betriebsrätchule und Einrichtungen der Gewerkschaften, am Sonnabend die Parteieinrichtungen und den Vorwärts-Betrieb und werden am Sonntag nach Hamburg weiterfahren. Wir hoffen, daß ihnen der Aufenthalt in Berlin und den anderen deutschen Städten so reiche Eindrücke bieten möge, daß sie vollbefriedigt nach ihrer Heimat zurückkehren werden.

Brickettfreigabe. Das Kohlenamt teilt mit: Vom 7. Mai ab werden auf Kohlenbezugsscheine jeder Art weitere 25 Proz. in Bricketts zum Bezuge freigegeben.

Drei Soldaten.

102] Von John dos Passos. Aus dem amerikanischen Romanfragment übersetzt von Julian Sumpster. „Kommen Sie, und trinken Sie Tee mit uns“, sagte Genevieve. „Nein, ich muß arbeiten.“ „Sie arbeiten etwas Neues?“ Andrews nickte. „Wie soll es heißen?“ „Die Seele und der Leib von John Brown.“ „Wer ist John Brown?“ „Ein Berrückter, der das Volk befreien wollte. Es gibt ein Lied über ihn...“ „Werden Sie morgen kommen?“ „Wenn Sie nicht zu beschäftigt sind...“ „O, die Poileaus kommen zum Lunch. Zum Tee wird niemand da sein. Wir können also allein den Tee trinken.“ Er ergriß ihre Hand und hielt sie unbeholfen, wie ein Kind die Hand eines neuen Spielkameraden hält. „Gut, also so gegen vier. Falls niemand da ist, werden wir musizieren“, sagte er. Sie entzog ihm ihre Hand eilig, machte eine seltsame, konventionelle Bewegung des Abschiednehmens und ging über die Straße durch das Tor, ohne sich umzuschauen. Ein Gedanke kam ihm in den Sinn: Ins Zimmer laufen, die Tür hinter sich abschließen, sich dann mit dem Gesicht auf das Bett werfen. Dieser Gedanke amüsierte ihn irgendwie. Das hatte er immer getan, wenn ihm als Kind die Welt zu schwer erschienen war. Dann war er die Treppen hinaufgelaufen, hatte die Tür hinter sich abgeschlossen und sich mit dem Gesicht auf das Bett geworfen. „Oh ich wohl weinen werde?“ sagte er. Madame Boncour kam die Treppe herunter, als er hinausging. Er ging zurück und wartete. Als sie hinuntergekommen war, sagte sie: „So, Sie sind ein Freund von Madame Rod, Monsieur?“ „Woher wissen Sie?“ Ein Grinsen erschien auf ihren beiden Backen. „Sie wissen, auf dem Lande weiß man alles“, sagte sie. „Au revoir“, sagte er und begann die Treppe hinaufzugehen.

„Aber, Sie hätten mir doch davon erzählen müssen. Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich Sie nicht gebeten, im voraus zu bezahlen. Sie müssen mir verzeihen.“ „Schon gut.“ „Sie sind Amerikaner? Sie sehen, ich weiß sehr viel.“ Ihre schlaffen Backen gingen auf und nieder, als sie zu sichern anfang. „Und Sie kennen Madame und Mademoiselle Rod schon eine lange Zeit. Ein alter Freund. Sie sind Musiker?“ „Ja. Guten Abend.“ „Auf Wiedersehen, mein Herr.“ Ihre singende Stimme verfolgte ihn die Treppen hinauf. Er schmiß die Tür zu und warf sich auf das Bett. Als Andrews am nächsten Morgen aufwachte, war sein erster Gedanke, wie lange er an diesem Tage warten müsse, um Genevieve zu sehen. Dann erinnerte er sich an ihr Gespräch am Tage zuvor. Lohnte es sich überhaupt, sie zu besuchen? fragte er sich, und langsam ergriff ihn kalte Verzweiflung. Einen Augenblick lang fühlte er, daß er das einzige Lebewesen in einer Welt voller Maschinen sei. Der Froch, der über den Weg hüpfte vor einer großen Dampfmaschine. Plötzlich dachte er an Jeanne. Er sah sie vor dem Café de Rohan an irgendeinem Mittwoch-Abend auf und ab gehen und auf ihn warten. Was würde sie an Genevieves Stelle getan haben? Die Menschen waren immer einlam, in Wirklichkeit. Die, die in den prächtigen, grauen Wagen fuhren, konnten nie so fühlen, wie die anderen, die hinterher gehen und den Staub einschleuden, die Frösche, die über den Weg hüpfen. Er fühlte keinen Groll gegen Genevieve. Diese Gedanken fielen von ihm ab, während er seinen Kaffee trank und das trockene Brot aß, und nachher, als er am Flußufer hin und her ging, fühlte er, wie die Steifheit seines Bewußtseins und Körpers sich auflöste und alles in ihm zu zittern begann in dem Strom der Musik, wie eine Pappel, die im Winde rauschte. Er spitzte einen Bleistift und ging wieder hinauf in sein Zimmer. Der Himmel war wolkenlos an diesem Tage. Wie er sich an seinen Tisch setzte, erschienen ihm Fenster des Blau des Himmels und die Hügel, von der Windmühle überragt, und das silbrige Blau des Flusses. Manchmal schrieb er Notizen schnell nieder, nichts denkend, nichts fühlend, nichts sehend. Dann wieder sah er lange und starrte in den Himmel, auf die Windmühle, irgendwie glück-

lich mit unerwarteten Gedanken spielend, die kamen und wieder erloschen. Als die Uhr zwölf schlug, bemerkte er, daß er hungrig war. Zwei Tage lang hatte er nichts als Brot, Wurst und Käse gegessen. Drumten bat er Madame Boncour um ein Mittagbrot. Sie brachte ihm Eiern und eine Flasche Wein und blieb da, beobachtete ihn beim Essen, die Arme gekreuzt und mit den Gräbchen in ihren ungeheuren, roten Backen. „Monsieur ist weniger, als irgendein anderer junger Mann“, sagte sie. „Ich arbeite sehr“, sagte Andrews und wurde rot. „Aber wenn man arbeitet, muß man sehr viel essen.“ „Und wenn einm das Geld knapp ist?“ fragte Andrews lächelnd. „Irgend etwas in dem forschenden Blick ihrer Augen erschreckte ihn für einen Augenblick.“ „Sind jetzt nicht viel Menschen hier, Monsieur... Wollen Sie nicht etwas Nachtsich haben, Monsieur?“ „Käse und Kaffee.“ „Nichts sonst? Es gibt doch jetzt Erdbeeren.“ „Nichts mehr, danke schön.“ Als Madame Boncour mit dem Käse zurückkam, sagte sie: „Ich hatte hier schon einmal Amerikaner, Monsieur. Habe eine ganz schöne Zeit mit ihnen verlebt. Es waren Deserteure. Sie ließen fort, ohne zu bezahlen. Die Gendarmen hinter ihnen. Ich hoffe, daß man sie gefaßt hat und an die Front gefandt, diese nichtsnutzigen Kerls.“ „Es gibt allerhand Amerikaner“, sagte Andrews leise. Er war weitend über sich selbst, weil sein Herz so heftig schlug. „Ich gehe jetzt ein wenig aus. Au revoir, Madame.“ „So, Monsieur geht ein wenig aus. Amüsieren Sie sich, mein Herr. Auf Wiedersehen, mein Herr.“ Madame Boncour's Sing-Sang verfolgte ihn bis draußen. Ein wenig vor vier klopfte Andrews vor dem Hause der Rods an. Er konnte Santo, den kleinen, schwarzen Hund, brinnen bellen hören. Madame Rod öffnete ihm die Tür. „O, da sind Sie ja“, sagte sie. „Kommen Sie herein und trinken Sie etwas Tee mit uns. Haben Sie heute viel Arbeit?“ „Und Genevieve?“ stammelte Andrews. „Sie ist mit einigen Freunden Auto fahren. Sie hat einen Zettel für Sie dgelassen. Er liegt auf dem Teetisch.“ (Fortsetzung folgt.)



# Ausgemustert!

Auf unsere in Nr. 180 gebrachte Mitteilung, daß nach im fünften Jahr der Republik, im April 1923, in der ehemals Großherzoglich Mecklenburgischen Sommerresidenz Ludwigslust auf dem Bahnhof ein Postwagen eine deutsche Reichspost „Kaiserlich“ titulierende Aufschrift trug und dadurch Aufsehen bei den Reisenden erregte, antwortet uns jetzt das Reichspostministerium:

„Der Postwagen, um den es sich handelt, ist unbrauchbar und soll auch zu Hilfszwecken nicht mehr verwendet werden. Da er ausgemustert werden soll, ist die Aufschrift nicht noch erst geändert worden. Ohne Wissen des Postamts Ludwigslust hat ein Beamter des unteren Dienstes den Wagen für einen beschädigten Bahnhofs- als auch für einen Hilfszwecken verwendet, was nicht nötig gewesen wäre, da ein anderer Ersatz zur Verfügung stand. Für alle Fälle ist in der Aufschrift das „Kaiserliche“ jetzt beseitigt worden.“

Also jetzt hält man es doch für nötig, das „Kaiserliche“ noch zu beseitigen? Ein Standa ist es, daß die Aufschrift nicht längst ausgefüllt war! Die Einsicht, daß man solche demonstrativ wirkenden Leberbleibe aus den Zeiten der Monarchie auch an „ausgemusterten“ Wagen nicht belassen darf, ist den verantwortlichen Personen sehr spät gekommen. Sie mußten erst vom „Vorwärts“ mit der Nase darauf gestoßen werden, bis sie sich entschlossen, „für alle Fälle“ die Beseitigung anzuordnen.

Der „Ausmusterung“ harri auch bei anderen Behörden noch manche monarchistische Reliquie. Die Universitätsstadt Tübingen in Württemberg hat, wie wir aus dem Stempel eines im März 1923 ausgefertigten Schriftstückes ersehen, noch ein „K. W. Ständesamt“, soll heißen: „Königlich Württembergisches Ständesamt“. Scheute man die Kosten der Anschaffung eines neuen Stempels, so wäre der alte Stempel durch einen leichten Eingriff von dem „K.“ zu befreien gewesen. Man sollte endlich einmal die alten Beamten, die für solche wie hohn auf die Republik wirkenden Unterlassungen verantwortlich sind, schonungslos „ausmuster“.

## Versammlungen unter freiem Himmel.

Ab 6. Mai an Sonn- und Feiertagen wieder gestattet.

Der Polizeipräsident von Berlin erläßt folgende Bekanntmachung: Das auf Grund des Artikels 128 der Reichsverfassung unter dem 23. November 1922 angeordnete Verbot, wonach bis auf weiteres Versammlungen unter freiem Himmel untersagt sind, tritt an den Sonn- und Feiertagen außer Kraft. Auf Grund dieser Bekanntmachung sind vom Sonntag, den 6. Mai ab Versammlungen, Umzüge sowie sonstige Veranstaltungen unter freiem Himmel an den Sonn- und Feiertagen gestattet.

## Straßenbahn-Betriebs-G. m. b. H.

Fruchtlose Ausschuharbeit.

Die von der Verkehrsdeputation bereits vor Ostern (!) fertig gestellte Vorlage über die Umwandlung der Berliner Straßenbahn in eine GmbH, ist jetzt glücklich nach zwei Monaten bei der Stadtverordnetenversammlung gelangt. Dort wird sie nach menschlichem Ermessen in dem 2ten Ausschuss verschwinden, der die Umorganisation der Werke mit Eifer und Liebe in vielen Sitzungen seit Monaten berät und jetzt glücklicherweise ist, daß er von vorn anfangen kann. In der nächsten Sitzung dieses Ausschusses, in dem sich bisher weder für die Magistratsvorlage noch für die Enkommu-nalisierungsabsichten der bürgerlichen Parteien eine Mehrheit fand, hofft man (!) vielleicht auf dem Wege eines Kompromisses zu irgendeiner Lösung zu kommen. — Bei der Hartnäckigkeit, mit der die bürgerlichen Parteien darauf bestehen, die Milliar-denwerke der Stadt dem Privatkapital zuzuführen, sind die Aussichten dafür allerdings ziemlich gering, denn die Linke kann insofern des absolut unverständlichen Verhaltens der Kommunisten, die sich gegen eine zeitgemäße Reform der Werke mit kindischen Gründen wehren, dem Ansturm der bürgerlichen Parteien gegenüber keine geschlossene Front bilden. Auch das Schicksal der neuen Magistratsvorlage über die Umwandlung der Straßenbahn in eine GmbH, ist daher noch völlig ungewiß.

## Neue Sonntagsrückfahrkarten.

Die Reichseisenbahndirektion Berlin hat sich entschlossen, auch die südlich Potsdam gelegene Gegend um den Schwielowsee den Wanderfreunden zu erschließen. Von Sonnabend, den 5. Mai ab werden Sonntagsrückfahrkarten zu ermäßigten Preisen auch für die Nebenbahnstrecke Wildpark Richtung Beelitz ausgeben. Die Kosten betragen vom Potsdamer Bahnhof nach Caputh-Beilow: 3. Kl. 880 Mt., 4. Kl. 800 Mt. Nach Fersch-Lienewitz: 3. Kl. 1000 Mt., 4. Kl. 880 Mt. Von demselben Tage ab werden auch die im vorigen Herbst aufgehobenen Sonntagsrückfahrkarten nach Neuruppin und Rheinsberg wieder eingeführt. Die Fahrt vom Sietziner Bahnhof nach Lindow kostet 3. Kl. 2080 Mt., 4. Kl. 1600 Mt.; nach Neuruppin: 3. Kl. 2200 Mt., 4. Kl. 1680 Mt.; nach Rheinsberg: 3. Kl. 2720 Mt., 4. Kl. 2040 Mt. Die Karten nach Neuruppin können für die Rückfahrt auch von Rheinsberg über Bösenberg gegen Lösung einer Zuschlagkarte (für die 3. Kl. 520 Mt., für die 4. Kl. 360 Mt.) benutzt werden.

## Das Ei des Columbus.

Auch wenn die Treppen des Untergrund-Umsteigerbahnhofs Leipziger Straße um einen halben Meter verhöht sein werden, woran man schon baut, auch dann also wird die Länge des Umsteigerweges lästig und die Treppen, wenn die beiden Menschenströme aneinanderstoßen, ein Gefahrenmoment. Warum, so schreibt uns ein Leser, läßt man nicht einfach das Umsteigen ober Tage zu? Es brauchte ja nur jedem, der ober Tage umsteigen will, der Knipser eine Papp- oder Holzmarke in die Hand zu drücken und die Gefahr des Beschupens ist beseitigt. Die Möglichkeit der Fahrunterbrechung und selbst des Verlustes solcher Marken muß man schon in den Kauf nehmen; sie wiegt leicht gegen die stete Gefahr der Panik unter Grund!

## Zugzusammenstoß am Bahnhof Weihensee.

In der Nähe des Bahnhofs Weihensee stießen gestern nachmittags um 1 Uhr 35 Min. ein Rangierzug und ein in der Fahrt befindlicher Güterzug zusammen. Dabei wurden die ersten fünf Wagen des Güterzuges aus den Gleisen gerissen, umgeworfen und stark beschädigt. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Ein umgestürzter Wagen verstopfte das Gleis der Ringbahn, so daß der Personenverkehr auf der Ringbahn in der Richtung Weihensee-Landsberger Allee nur durch Umsteigen aufrechterhalten werden konnte. Da die Unfallstelle sich gerade an der Greifswalder Brücke befindet, hatten sich zahlreiche Neugierige eingefunden, die sich erst wieder entfernten, nachdem um 4 Uhr das Verkehrshindernis beseitigt worden war.

## Amtliche Höchstgeschwindigkeit.

Der Erlaß betreffend die Reisezeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Amtsbereich des Herrn Voelck hat dem Vernehmen nach gewisse Anstalten in unserer Provinz am Nachmittag des 2. Mai, andere wahrscheinlich noch später, erreicht. Sollte dem Ministerium für Volksbildung, dem doch auch die Pflege geschichtlicher Kenntnisse obliegt, die Tatsache, daß der 1. Mai seit 34 Jahren gefeiert wird, so unbekannt sein, daß es sich erst am 27. April (unter diesem Tage ist der Erlaß gezeichnet) fernerlich entscheidet, den Erlaß über die Beurlaubung zur Reisezeit zu erneuern? Dann aber war doch allerhöchste Eile geboten, damit die Bekanntgabe noch rechtzeitig an diejenigen erfolgen konnte, welche Befreiung vom Dienst nachzusuchen hatten. Mindestens war doch

der Weg von Berlin W. 8 nach Berlin-Dahlemerfeld kurz genug, um eine Weitergabe durch das Provinzial-Schul-Kollegium am 28. April zu ermöglichen. Die Verfügung dieser Behörde zeigt jedoch das Datum des 1. Mai!

Wir müssen bei dieser Sachlage den Behörden den guten Willen absprechen, die Verfügung rechtzeitig zur Verfügung zu bringen. Jedenfalls wirkt ihre Absendung ausgerechnet am 1. Mai wie eine Verhöhnung und man hätte dann Porto und Papier in unserer Zeit der Not lieber sparen sollen.

## Endlich vernünftig.

### Deutschnationale gegen Güterverpachtung.

Wir haben den Versuch, die städtischen Güter Herrn Colmann und seinen Freunden für eine ganze Goldmillion auf 25 Jahre auszuliefern, vom ersten Tage an energisch zurückgewiesen. Das erregte prompt das Mißfallen der bürgerlichen Blätter, für die das Privatkapital mit geradezu mystischen Eigenschaften versehen ist. Jetzt schließt sich selbst der deutschnationale „Tag“ unserer Auffassung an. Er schreibt:

„Zweifellos wird die smarte Finanzgruppe mit ihrem Angebot ein gutes Geschäft machen. Denn schon jetzt hat sich erwiesen, daß die nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen betriebenen Stadtgüter einen ungeahnt reichen Ertrag liefern. So verlockend der der Stadt in Aussicht gestellte Gegenwert auch äußerlich erscheint, so hat man doch den Eindruck, daß in dem Angebot ein recht bedeutender Profit ein-tassuliert ist, ein Privatvorteil, der aus städtischem Eigentum erzielt werden soll. Selbst wenn die Bedingungen der Pacht und des Darlehns nach genauer Prüfung und Ertragsberechnung als angemessen erscheinen, dürfen solche ungeheuren Werte wie die städtischen Güter, die einen der größten Aktienposten der Stadt Berlin darstellen, nicht auf 25 Jahre an ein privates Konfession ausgeteilt werden. Die Bürgerschaft würde das mit Recht verurteilen. Es ist freilich sehr erwünscht, daß die Stadtgüter nach besten Methoden bewirtschaftet werden, aber das muß in einer Betriebsform geschehen, bei welcher der Privatvorteil mehr in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird, als es bei Uebernahme der Güter durch ein Finanzkonfession möglich ist. Die Vorlage bedarf daher noch der gründlichsten Durchsicht und Beratung.“

Dieser Kassaung schließt wir uns vollständig an und würden es begrüßen, wenn der „Tag“ auch sonst diesen Grundsat, daß dem Privatkapital aus dem städtischen Besitz keine Reichtümer zuzuführen dürfen, unterstützen würde. Die Sozialdemokratie hat jedenfalls immer den Vorteil der Stadt, also der Gesamtheit über den des Privatkapitals gestellt.

## Um ein Menschenleben.

### Das Urteil: 3 Jahre Gefängnis.

In dem weiteren Verlauf des Prozesses gegen den Kaufmann Erich Wihle, der im Café Schöneberg den Bankbeamten Helmut Eichberger erschossen hatte, wurde der Bruder des Angeklagten vernommen, der im allgemeinen die gleichen Angaben machte wie der Angeklagte. Auch die Zeugin Hennothen, die Braut des Erich Wihle, kann sich auf die Einzelheiten nicht mehr besinnen. Sie weiß nur, daß ihr Bräutigam, als er von dem Podium herunterkam, Prügel bekommen habe und will auch gesehen haben, wie Eichberger ihn mit einem Bierglas ins Gesicht schlug.

Ganz anders gestimmte sich die weitere Zeugenvernehmung. Sämtliche Besucher des Lokals, die Augenzeugen des Vorfalles waren, erklären fast übereinstimmend, daß sich die beiden Brüder Wihle sehr auffällig benommen hätten und sich so lärmend betrogen, daß sie die Vorstellung gestört hätten. Erich Wihle hätte sogar Wüffel und Geschirr auf das Podium geworfen. Dann habe er eine Ansprache gehalten, in der er sagte: „Kauft nicht bei den Juden, sondern kauft bei der Millionenfirma Wihle. Was bei den Juden 7000 Mk. kostet, bekommt ihr bei uns für 500 Mk.“ Der Geschäftsführer wollte Wihle vom Podium herunterholen, wurde aber von diesem beseitigt. Später packte Erich Wihle Eichberger am Schopf, und es kam zu einem Ringkampf, bei dem beide zu Boden fielen. Wihle rief ein Rellier: „Achtung, der schließt ja.“ Als der Geschäftsführer aufstand, sah er nach seiner Befundung, daß der Angeklagte in einer Ecke stand, mit dem Revolver in der Hand. Der Angeklagte rief dann aus: „Achtung! Bahn frei, ich schieße.“ Der Geschäftsführer machte ihm noch Vorhaltungen, daß er sich doch keine Ungelegenheiten machen sollte, aber statt einer Antwort fiel der erste Schuß. Wihle: Der Angeklagte will zuerst in die Luft geschossen haben. Zeuge: Nein, er hat direkt auf Eichberger geschossen und gab dann noch einen Schuß ab. Nach dem zweiten Schuß stürzte Eichberger auf, sagte sich an die Brust und fiel zu Boden. Die Zeugen erklären mit Entschiedenheit und fast übereinstimmend, daß der Angeklagte Wihle von niemandem geschlagen oder angegriffen worden sei. Man habe nur an dem lärmenden Betragen des Erich Wihle Anstoß genommen. Staatsanwalt Müntiner beantragte, den Angeklagten der Körperverletzung mit Todeserfolg schuldig zu sprechen, während Rechtsanwalt B. Bloch für Notwehr eintrat; wenigstens habe der Angeklagte in vermeintlicher Notwehr gehandelt. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Körperverletzung mit Todeserfolg unter Zuhilfenahme mildernden Umstände. Der Angeklagte wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

## Einheitsfront der Mietervereine.

Der offizielle Zusammenschluß des Mieterverbandes Deutschlands, der Berlin, mit dem Bau Berlin im Bundesdeutscher Mietervereine ist erfolgt, so daß die Einheitsfront hergestellt ist. Eine in den kommenden Tagen stattfindende gemeinsame Delegiertenversammlung wird die Verschmelzung vornehmen. — Der Mieterverband Deutschlands teilt uns weiter mit, daß in einer Mieterratsversammlung gegen wenige Stimmen beschlossen wurde, den Mietzählstreik aufzuheben, da von Seiten des Magistrats Berlin einige Zugeständnisse bezüglich der aufgestellten Forderungen der Mieterchaft gemacht wurden. Die Mieterräte behielten sich aber vor, bei weiteren Mieterhöhungen wieder in den Kampf zu treten.

Als wir vor kurzem eine ähnlich lautende Mitteilung veröffentlichten, wurde sie vom Mieterverband prompt dementiert. Die Herren scheinen sich über ihre Beschlüsse selbst nicht recht einig zu sein.

Nur die besten Karten! Ein Großeinbruch beschäftigt die Kriminalpolizei. In dem Zigarrengeschäft von Zinke in der Flemingstraße sagten unbekannt Verbredner an einem Hoffenster mit einer Stahlsäge die eiserne Vergitterung durch, drangen so in die Geschäftsräume ein und stahlen für 80 Millionen Mark Zigaretten nur der besten Marken. Auf die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung der Beute ist eine Belohnung von zwei Millionen Mark ausgesetzt. Vertrauliche Mitteilungen an Kriminalsekretär Stiel im Zimmer 102 des Polizeipräsidentiums, Hausanzug 484.

Wärtliche Vorträge. Wärtliche Landshalten am Großschiffbauern Berlin-Stein, ihn selbst, seine Bedeutung und seine berühmten Bauwerke nord Ostsee im letzten seiner dieswintlichen Vorträge. Mittwoch, 6. Mai, 8 1/2 Uhr, im Kunstgewerdepalast, Prinz-Albrecht-Straße 7a (Hilber). Fachausbildung: Bechtold, Oberwalde, Schwärzler, Angbittel, Oberberg, Stolpe, Gory, Steffen usw. Karten bei Bertelmann, Bole u. Wod und Abendkasse.

Sturmsturm mit seinen Nebenprodukten (Dombühl, Telearab, Hochsturm und Industriesturm) erscheint Ende dieses Monats im Verlage der Rundschau- und Verkehrs-Verlags-Gesellschaft in Leipzig, Königstraße 33, und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

„Voll und Zeit“. Die Unterschrift des Bildes auf der ersten Seite der am 6. Mai fälligen Nummer wird dahin richtig gestellt werden, daß die Trauerfeier um die Opfer des Flugunglücks auf dem Tempelhofer Feld nicht im großen Sitzungssaal des Berliner Rathauses, sondern im Festsaal des Berliner Stadthauses stattfand.

Die Wochenfahrkarten der Hoch- und Untergrundbahn wie auch der Nordbahn konnten am 1. Mai nicht benutzt werden. Ein Leser schreibt uns, daß ihm auf seine Frage, wie es mit der Schadloshaltung siehe, die Auskunft gegeben wurde, daß die Karten heute nach der letzten Fahrt am Schalter abgegeben werden können, worauf die Rückzahlung des Teilbetrages für Dienstag, den 1. Mai, erfolge.

Das Kinder-Erholungsheim in der Laubenkolonie. Die Eisenbahner-Kolonie Tempelhofer Feld veranstaltet am Sonntag, den 6. Mai, auf dem Terrain am Bahnhof Tempelhof ein großes Frühjahrsfest, verbunden mit dem 4. Stiftungsfest der Kolonie und der Einweihung eines Kinder-Erholungsheims. Es ist das erstmal, daß eine Laubenkolonie eine derartige Einrichtung geschaffen hat. Der Unterkunfts- und Schlafräum ist 300 Quadratmeter groß und soll 200 erholungsbedürftige Kinder der Großstadt in den Sommerferien einen gesunden Aufenthalt bieten. Eine große Küche sorgt für das selbige Wohl der Kinder.

Rundflüge in den neuesten Verkehrsflugzeugen. Der Flugdienst London-Berlin-Moskau ist zum Teil schon eröffnet. Um dem Publikum Gelegenheit zu geben, die für diese Strecke bestimmten neuen Verkehrsflugzeuge, Typ Albatros und Dornier-Komet, kennen zu lernen, hat der Deutsche Aero-Club diese Flugzeuge für den Rundflugdienst der nächsten Tage eingeleigt. Die Flüge finden außer am Sonntag jeden Nachmittag von 3 Uhr ab vom Flugplatz Staaken in Richtung Berlin-Grünwald-Habelsen statt. Der Flugpreis pro Person beträgt 50 000 Mk. bei Teilnahme von mindestens zwei Personen. Staaken ist mit dem Zuge 8.12 Uhr vom Lehrter Hauptbahnhof in 32 Minuten zu erreichen. Auskünfte erteilen die Reisebüreau der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd.

Ein blutiger Zusammenstoß zwischen Zivilisten und Schutzpolizei hat sich in Joppo ereignet. Wie die „Danziger Zeitung“ meldet, hat es gestern nachmittag in Joppo zwischen zwei ehemaligen Angestellten des Spielclubs und zwei Beamten der Schutzpolizei zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf die beiden Angestellten erschossen wurden. In angetrunkenem Zustande hatten die beiden Zivilisten die Beamten bedrängt. Einer der Beamten entriß dem einen Beamten das Seitengewehr. Der andere Zivilist soll gleichzeitig einen Revolver gezogen haben. Rummel zog der zweite Beamte ebenfalls seinen Revolver und schloß beide nieder. Der eine der Betroffenen war auf der Stelle tot, der andere erlag seinen Verletzungen, als man ihn zu einem Arzt bringen wollte.

Eine Legationstrafe in Kiel. Die Kieler Stadtkollegen haben beschlossen, die Fährstraße in Kiel, in der sich das schöne Kieler Gewerkschaftshaus befindet, in Erinnerung an Karl Legien, den unvergesslichen Führer der deutschen Gewerkschaften, in Legienstraße umzubenennen.

Kusslag quer über Amerika. Nach einer Meldung aus New York sind zwei amerikanische Offiziere mit einem Herkes-Flugzeug ohne Zwischenlandung von New York nach San Diego in 27 Stunden geflogen und haben damit zum erstenmal den amerikanischen Kontinent in ununterbrochenem Fluge überquert. Die durchschnittliche Geschwindigkeit betrug 120 englische Meilen pro Stunde.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Vorstandskonferenzen

heute abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelsfer 24/25, Saal I. Tagesordnung: 1. Der Internationale Sozialkongress in Hamburg. Ref. Genosse Arthur Crippien. 2. Wahl der Delegierten.

Anwesend müssen sein: Der Bezirksvorstand, ein weiterer Vertreter der Kreisvorstände. Außerdem je ein Vertreter aus jeder Abteilung. Der Bezirksvorstand.

Wichtig. Gewerkschaften Mitarbeiter der Sozialistischen Arbeiter-Jugend! Pflicht eines jeden Genossen ist es, am Montagabend in Reichardt-Gäßchen teilzunehmen. Die Treffpunkte der einzelnen Abteilungen sind bekanntzugeben. Die Terminlisten im Aufhänger findet um 1/2 Uhr statt. Redner Genosse Franz Rühlert, W. 2. 9.

4. Kreis-Vorstand. Sitzung am Montag, den 6. Mai, vormittags 10 Uhr, in der Aula. Thema: „Schulbau“. Referent Genosse Helmut Bolter. Erscheinen aller Eltern Pflicht.

### Heute, Sonnabend, den 5. Mai:

10. Wkt. Die Wahlzettel sind bis spätestens Sonntag vormittag beim Kassierer, Konradstr. 6, abzugeben. — Die Bezirksleiter haben zur Abteilungsversammlung am 6. Mai, Schulhaus Vorpark 40-41, ein Referat im Genosse Behm-Schub.

12. Wkt. Anwaltschaft. Die Funktionärskonferenz fällt aus. Zur Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 6. Mai, muß eingeladen werden.

### Morgen, Sonntag, den 6. Mai:

14. Wkt. Vormittags 9 1/2 Uhr Sitzung der Abteilungsleitung und sämtlicher Funktionäre bei Eichholz, Courantstr. 12. Ober- und Niederwiesenthal und Hohenschönhausen. Treffpunkt zum Wallungentag mittags 1 Uhr an der Kanal, Kirche in Oberwiesenthal, Frühchenstraße Jungesäßelstein. Die Vereinarbeit ist geschlossen an der Handhabung der Arbeitsergebnis um 9 Uhr im Aufhänger. Die Treffpunkte sind mit der Arbeitsergebnis zusammen. — Gruppe Schöneberg-Preisenaus: 1/2 Uhr an der Bahnhofsverwaltung, Mittelallee, Ecke Südbahnhof. — Gruppe Reichardt: Treffpunkt am Wallungentag. Treffpunkt früh 1/2 Uhr, Herbergsplatz und 7 Uhr, Herbergsplatz. — Gruppe Holz: Treffpunkt zum Wallungentag 7 Uhr, Schulhaus Vorpark. — Gruppe Schulhaus: Treffpunkt zum Wallungentag früh 6 1/2 Uhr am Reichardt Bahnhof.

## Jugendveranstaltungen.

Thema: Heute abend im Jugendheim, Eisenstr. 2. Vortrag: „Jugend und Kommunalwirtschaft“.

Wichtig! Die Demonstration im Luftgarten findet nicht, wie in der Freiheit-Rotationsnummer angegeben, um 9 Uhr, sondern um 1/2 Uhr statt. Alle Abteilungen müssen zur festgesetzten Zeit anwesend sein.

## Sport.

### Rennen zu Hoppegarten am Freitag, den 4. Mai.

1. Rennen. 1. Edelshäger (Crisp), 2. Casa Blanca (Oertl), 3. Karnolka (D. Schmidt). Toto: 12 : 10, Platz: 12 : 17 : 10. Ferner liefen: Helbe, Konstant, Ausland Markholz.  
2. Rennen. 1. Hahnd (Kantel), 2. Idealist (W. Schmidt), 3. Helbin (Kremer). Toto: 45 : 10, Platz: 14, 16, 62 : 10. Ferner liefen: Staffellau, Geyrath, Laurus, Brise, Upland, Darmans, Landeshof.  
3. Rennen. 1. Schwarze Gatte (Zarvas), 2. Rivaler (Crisp), 3. Laganu (Hannemann). Toto: 25 : 10, Platz: 14, 15 : 10. Ferner liefen: Polotte, Hahnd, Morgans.  
4. Rennen. 1. Staffellau (Crisp), 2. Hahnd (Staubinger), 3. Damesweg (Zarvas). Toto: 104 : 10, Platz: 33, 84, 25 : 10. Ferner liefen: Commerstor, Kairo, Humboldt, General, Ludwig, Nicotin, Habener, Priorin, Traumbüter.  
5. Rennen. 1. Wirtin (Kolina), 2. Schaumfänger (Kasper), 3. Lomoral (Oertl). Toto: 76 : 10, Platz: 19, 14, 25 : 10. Ferner liefen: Hahnd, Rivaler, Gahndige, Geyrath, Geyrath, Dublone, Erdrofe, Anterim, Runkmar, Sonnenstein, Gahndiger, Ver Zeit, Rucksmajor.  
6. Rennen. 1. Kappel (D. Schmidt), 2. Kappel (Hallenberg), 3. Kappel (Crisp). Toto: 92 : 10, Platz: 25, 16, 20 : 10. Ferner liefen: Ahnfeld, Brandel, Ordensritter, Bad, Saloppe, Anjuffa, Maral, Signau.



# Kommunistische Kadaverhelden.

## Der Kommunist Kay auf 15 Tage ausgeschlossen.

Die Sturmszenen, die der Preussische Landtag gestern erlebte, sind nur die Krönung einer ununterbrochenen Reihe von Skandalen, die die Kommunisten mit Eifer und heiligem Bemühen seit langem zu provozieren beliebten. Jedem anständigen Menschen widerstrebt es, auch nur ein Verzeichnis der ebenso maßlosen wie sinnlosen Gassenhimpfwerke wiederzugeben, mit denen die Kommunisten im Preussischen Landtag ihren Mangel an Argumenten zu ersetzen pflegen. Wenn Swan Kay unsere Genossen als „gemeines dreifaches Lumpengefindel“ bezeichnete, so ist auch dieser geschmackvolle Ausdruck im Munde dieses „proletarischen Klassenkämpfers“ und Frechters für eine schönere und bessere Weltordnung nur eine Kleinigkeit gegenüber den schmutzigen Anwürfen, mit denen er und seine Freunde im Landtag immer wieder im Zeichen der „Einheitsfront“ die Sozialdemokraten in erster Linie beschimpft. Man mag es bedauern, daß man gegenüber diesen Gefellen schließlich zur Selbsthilfe griff. Vielleicht gibt es aber doch Leute, deren Frechheit erst dann eine Grenze gesetzt werden kann, wenn sie spüren, daß die größte Langmut und Anständigkeit gegen einen politischen Gegner schließlich doch einmal ein Ende erreichen kann. Die Kommunisten werden natürlich durch ihre Agenten im Lande erzählten lassen, daß der sozialdemokratische Landtagspräsident die Polizeimanieren des alten Dreiklassenwahlrechtshauses wieder einführen wolle. Diese plumpe Spekulation auf die Dummheit wird ihnen nicht gelingen. Der durch eine lange sozialistische Schule gegangene deutsche Arbeiter weiß sehr wohl zwischen politischem Kampf und ganz gewöhnlichen Gassenmethoden zu unterscheiden. Die Kommunisten werden nur eins erreichen, daß sich gegen diese Kowidnamente unter ihnen und ihren auf der niedrigsten Stufe stehenden Zerförungsdrang der feste Wall aller anständigen und wirklich zielbewußten Arbeiter, die die hohe Idee des Sozialismus nicht in den Dreck ziehen lassen wollen, immer fester zusammenschließen wird und sie mit ihrer „proletarischen Einheitsfront“ allein auf weiter Flur bleiben werden.

Auf der Tagesordnung der Freitagssitzung des Preussischen Landtages stand als erster Gegenstand die namentliche Abstimmung über das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen den Innenminister Severing. Die Kommunisten forderten, vor der Abstimmung ihr Votum mündlich begründen zu dürfen. Der Vizepräsident Dr. Borsch erklärte, daß geschäftsordnungsmäßig solche Erklärungen erst nach der Abstimmung abgegeben werden dürfen und daß sie zu Protokoll gehen, ohne verlesen zu werden.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist die Ablehnung des Mißtrauensvotums mit 248 gegen 79 Stimmen. ein Mitglied hat sich der Abstimmung enthalten.

Nach der Abstimmung verlangte Abg. Schulz-Neußölln (Komm.) das Wort zur Geschäftsordnung. Nach den ersten Worten erklärte Präsident Veinert, der inzwischen das Präsidium übernommen hat, daß eine Kritik des Ministers Severing nicht zur Geschäftsordnung gehört. Schulz-Neußölln erwiderte, nach dieser Bemerkung des Präsidenten schloge er vor, den Redakteur des „Ull“ durch den Präsidenten Veinert zu ersetzen. (Große Unruhe und Empörung im ganzen Hause, die sich fortgesetzt steigert.) Ich will, fährt Schulz-Neußölln fort, hier nicht als einzelner Abgeordneter sprechen, sondern für die kommunistische Fraktion eine Erklärung abgeben. (Zuruf des Genossen Heilmann: Das kann der Präsident erlauben oder nicht.) Herr Veinert als Parteigenosse Severings scheint es unangenehm zu sein, eine solche Erklärung zu hören, darum hat er, nachdem er von Heilmann und Orselinski genügend bearbeitet worden ist, wahrscheinlich die Absicht, diese Erklärung nicht zuzulassen. (Lärm bei den Kommunisten, kommunistischer Zuruf: Veinert, der Oberstaranwalt.)

Präsident Veinert: Die Erlaubnis werden Sie von mir nicht bekommen. Ich muß eine solche Erklärung vorher kennen. (Neuer Lärm bei den Kommunisten, kommunistischer Zuruf: Veinert, der zweite Kröcher!)

Abg. Schulz-Neußölln (Komm.) fortsetzend: Der Präsident scheint mir wirklich nicht geeignet zu sein für sein Amt. (Stürmische Unterbrechungen und Schlußrufe.)

Präsident Veinert: Ihre Redezeit ist abgelaufen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause. Der Präsident läutet unausgesetzt die Glocke, bis Abg. Schulz-Neußölln die Tribüne verlassen hat.)

Abg. Kay (Komm.), mit Tumult empfangen, führt zur Geschäftsordnung aus, daß solche Erklärungen abgegeben in allen Parlamenten üblich sei. Auch in diesem Hause habe man das gleiche Verfahren schon mehrfach eingeschlagen. Niemals sei dagegen Ein-

spruch erhoben worden. Selbst ein Präsident wie Herr Veinert müsse doch so viel

in diesem Komödienhaus... (Ordnungsruf des Präsidenten.) Selbst Dr. Borsch sei bereit gewesen, nach Beendigung der Abstimmung den kommunistischen Redner zu Wort kommen zu lassen. Die Sozialdemokraten hätten es anscheinend auf Zusammenstöße abgesehen... (Großer andauernder Lärm.)

Präsident Veinert: Nachdem ich von der Erklärung Einsicht genommen habe, erkläre ich auf Grund der Geschäftsordnung, daß sie nicht verlesen werden kann. Uebrigens ist Schluß der Geschäftsordnungsdebatte beantragt. (Sturm bei den Kommunisten.)

Abg. Kay, der am Schluß seiner Rede zur Geschäftsordnung gerufen hat: Ihr seid doch alle ein

clendes, dreifaches, schmieriges Lumpengefindel! gerät beim Verlassen der Rednertribüne, als er die Treppe herabkommt, in einen Zusammenstoß mit verschiedenen unserer Genossen. Es entsteht ein ungeheurer Lärm und ein Faustkampf auf der äußersten Treppe zwischen den Kommunisten und unseren Genossen. Der Präsident Veinert verläßt seinen Sitz. Etwa zehn Minuten lang herrscht allgemeiner Tumult.

Um 1 Uhr 10 Minuten erscheint Präsident Veinert wieder auf dem Präsidium und erklärt: Auf Grund der Geschäftsordnung schließe ich den Abg. Kay wegen unerhörter Beleidigung des Hauses von der Sitzung aus. (Stürmischer Beifall bei allen übrigen Parteien: Rufe bei den Kommunisten: Und die Schläger?) Ich fordere den Abg. Kay jetzt auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Sitzung ist für eine halbe Stunde vertagt.

In größter Erregung bleiben die Mitglieder des Hauses noch im Saale. Auf der äußersten Treppe dauern die tobenden Auseinandersetzungen nach an. Einige Mitglieder des Hauses haben anscheinend Verletzungen im Gesicht davongetragen. Erst ganz allmählich tritt im Hause wieder Ruhe ein.

Nach einstündiger Unterbrechung eröffnet Präsident Veinert aufs neue die Sitzung mit der Erklärung, daß der Abg. Kay, der seiner Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht nachgekommen sei, bis auf weiteres von acht Sitzungen ausgeschlossen sei. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten, Zuruf: Und die Schläger!) Der Präsident fährt fort:

Ich habe bemerkt, als ich das Präsidium führte, daß eine Schlägerei entstand. Das ist das Schlimmste, was in einem Parlament geschehen kann. Ich habe meinen Sitz verlassen, da ich derartige Szenen nicht als in der Sitzung des Landtages geschehen ansehen wollte. (Erneute Unterbrechungen durch die Kommunisten.) Ich bedauere diese Szenen im Parlament, das nur den Kampf der Welterer führen soll. (Großes Gelächter bei den Kommunisten, Zuruf: Wenden Sie sich an Ihre Parteifreunde!) Ich habe in der Sitzung des Kabinettsratens vernommen, daß alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten über die Langmut und Milde des Präsidenten — ungehalten sind. (Beifälliges Sehr richtig!) Diese Haltung sollte der Förderung der Beratungen dienen; deshalb sah man von den geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen Ausbrüchen der Erregung und des Jorns gegenüber ab. (Erneute Zurufe der Kommunisten: Was wird mit den Schlägern?) Die Geschäftsordnung soll die Arbeit ermöglichen und auch den Schutz der Minderheiten gegen die Mehrheit sichern, umgekehrt aber auch den Schutz gegen Störungen durch Minderheiten. (Beifälliges Sehr wahr!) Ich muß jetzt erklären, daß wir im Kabinettsrat die Erklärung abgegeben haben, daß wir die parlamentarische Sitte und Ordnung, die erforderlich ist, um die Geschäfte des Landtages zu leiten, schützen und mit aller Strenge gegen weitere Störungen vorgehen werden. (Zurufe der Kommunisten: Kröcher und Freiberger v. Ersta stehen wieder auf!)

Da der Abg. Kay den Saal nicht verläßt, wird die Sitzung erneut vertagt.

Präsident Veinert eröffnet 2 Uhr 55 eine neue Sitzung und legt die Gründe dar für die Anwendung des § 8 der Geschäftsordnung. Der Abg. Kay hat sich dadurch, daß er der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht Folge geleistet hat, selbst auf acht Sitzungstage ausgeschlossen. (Zurufe der Komm.) Jetzt hat mit Dreiviertelmehrheit der Kabinettsrat die

Ausschließung für 15 Sitzungstage beschlossen. (Zurufe bei den Komm.) Ich schloge nunmehr Vertagung auf Sonnabend 12 Uhr vor. — In einer Geschäftsordnungsaussprache verlangen die Kommunisten, daß am Sonnabend der Bericht über die mitteldeutschen Unruhen weiterberaten werden soll, und protestieren gegen die vom Präsidenten vorgeschlagene Beratung des Kultushaushalts. Nach einer kurzen Einigung des Abg. Heilmann (Soz.), der erklärt, daß die Kommunisten diese Weiterberatung selbst verhindern hätten, da der Abg. Kay im Saal geblieben sei und damit die Unterbrechung der Sitzung veranlaßt habe, und nach weiteren Gegenbemerkungen des Abgeordneten Schulz-Neußölln vertagt sich das Haus auf Sonnabend 12 Uhr. Kultushaushalt. Schluß 3 Uhr 20 Minuten.

(Lebh. Widerspruch links.) Im Wohnungswesen muß die Zwangswirtschaft abgebaut werden. Die Stellung Deutschlands zum Internationalen Arbeitsamt ist keine würdige. — Abg. Thiel (D. Sp.) verlangt größere Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und spricht gegen den Zentralismus in der Sozialversicherung und den deutschnationalen Antrag auf Streichung der Beiträge für das Internationale Arbeitsamt. — Abg. Schirmer (Boyer, Sp.) empfiehlt die Einführung von Kleinrenten für Arbeiter und Angestellte und ein energisches Durchgreifen der Regierung gegen die Devisenhamsterer, diese Lumpen. Von einer Lohnabstufung könne angesichts der gemäßigten Preissteigerungen nicht mehr gesprochen werden, da die Löhne weit hinter der Preissteigerung zurückgeblieben seien.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns tritt den Anträgen auf Austritt aus dem Internationalen Arbeitsamt entgegen. Deutschlands Mitgliedschaft sei dort aus außenpolitischen und sozialpolitischen Gründen notwendig. Das Arbeitsgerichtsgesetz werde demnächst dem Reichsrat und Reichswirtschaftsrat zugehen. Die sozialpolitische Gesetzgebung werde nach Möglichkeit vereinheitlicht werden. Die Abneigungen ebensowenig wie die Unterhaltungspläne für Erwerbstätige mechanisch einem Index angepaßt werden. An den Grundfragen unserer Sozialpolitik werde er festhalten, insbesondere betrachte er die Rechtsstellung, die sich die Arbeiter in Staat und Wirtschaft errungen haben, für unantastbar. — Ein kommunistischer Vertagungsantrag wird nicht genügend unterstützt.

Abg. Mahahn (Komm.) verurteilt die Schlichtungstätigkeit des Reichsarbeitsministeriums in verschiedenen Lohnkämpfen, wodurch der Lohn und damit der Hunger stabilisiert worden sei. — Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Ministergehalt wird bewilligt und die Einzelberatung auf heute, Sonnabend, 2 Uhr vertagt. — Ein deutschpöplischer Antrag, die Interpellation über die Auflösung der Deutschpöplischen Freiheitspartei und die Aussprache über die außenpolitische Lage auf die nächste Tagesordnung zu setzen, wird gegen die Stimmen des Antragstellers und der Kommunisten abgelehnt. — Schluß 7 Uhr.

Das Kaiser-Wilhelm-Standbild im Reichstag bleibt vorläufig auf dem alten Platz, da der Ausschüßungsausschuß des Reichstages es abgelehnt hat, eine Summe für die Verlegung des Standbildes in den Etat einzusetzen.

Der Badische Landtag hat gestern vormittag mit allen gegen vier kommunistische Stimmen den Zentrumsabgeordneten Dr. Baumgartner zum Präsidenten gewählt.

# Wirtschaft

## Handel und Gewerbe im April.

Nach den Berichten, die die preussischen Handelskammern dem Handelsministerium erstattet haben, hat sich die wirtschaftliche Lage im April bei der Unsicherheit der politischen Verhältnisse gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert. Die Geschäftslage hielt in der ersten Hälfte des Monats noch an. Am 18. April trat jedoch infolge des neuerlichen Sinkens der Mark im rund 50 Proz. eine kleine Belebung des Geschäfts ein. Die Reichsbank konnte an diesem Tage die seit Ende Januar infolge ihrer Maßnahmen stabil gebliebene Mark nicht mehr halten; sie gab dem zum guten Teil durch reine Spekulation verursachten Druck nach, schonte ihre eigenen Devisenbestände und setzte an die Stelle ihrer bisherigen starren Maßnahmen ein bewegliches System, das nach neuen Mitteln strebt, um einer schmerzhaften Devisenhausse zu begnügen. Wehlers ist im Interesse der Lebenshaltung des gesamten Volkes unbedingt zu vermeiden. (Sie ist inzwischen trotzdem eingetreten D. Red.) Auch im Einzelhandel begann die Kaufkraft des Publikums langsam zu schwinden; sie führte am 18. bis 20. April sogar zu stürmischen Nachfragen, die sich aber gegen Ende des Monats wieder abschwächten. Im besetzten Gebiet traten die Folgen der Abkürzung des übrigen Deutschlands verschärft hervor. Den Franzosen gelang es, den Abtransport der Kohle und des Koks etwas zu erhöhen; die fortgeschaffte Menge erreichte jedoch noch nicht ein Sechstel der Vorkriegsleistung nach dem Reparationsprogramm.

Aus einzelnen Gewerbebezirken wird u. a. berichtet:

Die Steinkohlenförderung ging in Obereschlesien ohne Störungen vor sich und wird schätzungsweise etwa 750 000 Tonnen erreichen. Die Waggengestellung war gut; trotzdem fliegen die Halbenbestände von fast 17 000 auf 37 000 Tonnen, weil die Verbraucher auf weitere Ermäßigungen der am 1. April bis zu 11 Proz. herabgesetzten Kohlenpreise hofften und deshalb mit Bestellungen zurückhielten. Demgegenüber blieb die Nachfrage nach obereschlesischem Grobkoks sehr rego. Die Produktion wurde zum größten Teil nach dem Westen geschickt. Die starke Einjahr englischer Kohle hat zu Vorratshäufungen geführt, die erst bei einer Verringerung der allgemeinen Lage oder einem Steigen des Exports eine fühlbare Besserung auf dem Kohlenmarkt erwarten läßt. Auch im mitteldeutschen Braunkohlenggebiet wies der Kohlenabsatz Einbußen auf. Infolgedessen erliefen die wegen der Ruhrbelegung eingeleiteten Sonntagsschichten eine bedeutende Einschränkung, was eine Verringerung der Förderung zur Folge hatte. In der Kaliindustrie hat die ungünstige Entwicklung der Absatzverhältnisse auch im Monat April angehalten. Die Abrufe der deutschen Landwirtschaft waren wider Erwarten gering, so daß besonders der Zell der Kaliwerke, der über Fabriken nicht verfügt, insbesondere also die reinen Kalifabrikate, zu Fehlschichten gezwungen wurden. Auch der Auslandsabsatz in den Kalifabrikaten erfuhr keine wesentliche Besserung.

In der Eisenindustrie belagern die obereschlesischen Werke die Folgen der übermäßigen Preissteigerung in einem Anwachsen der ausländischen Konkurrenz bei Walzwerksprodukten zu spüren. Im Lokomotivbau trat keine Besserung ein. Hier versucht die nordamerikanische Industrie, nachdem sie zunächst den südamerikanischen Markt erobert hat, auch in anderen Ländern immer mehr Boden zu gewinnen. Sie hat es verstanden, sich bei der polnischen Staatsbahn Eingang zu verschaffen und mit der Angora-Regierung das bekannte Chester-Projekt abzuschließen, welches der amerikanischen Industrie die Ausbeute von Erminen in Armenien gegen den Bau unjangreicher Bahnanlagen sichert. Auch in Griechenland bemüht sich Amerika um wichtige Konzessionen für die griechischen Staatsbahnen. So geraten ehemalige deutsche Absatzgebiete immer mehr in die Abhängigkeit der nordamerikanischen Industrie. Auch die Lokomotivindustrie Kaffas klagt weiter über Mangel an Aufträgen und mußte seinen Arbeiterstand um rund 100 Personen verringern. In der Werkzeugindustrie wurde ebenfalls über Mangel an Aufträgen geklagt.

In der elektrotechnischen Industrie ist ebenfalls ein weiteres Nachlassen der Geschäftstätigkeit zu bemerken. Interessant sind die Rückwirkungen der Währungschwankungen auf dem Markt der chemischen Produkte. Das Abflauen in der Nachfrage nach chemischen Präparaten und keramischen Chemikalien, das sofort nach der unerwartet einsetzenden Wertberhöhung der Mark verspürbar wurde, wich zu Anfang des April wenigstens im Inland einer Neubelebung, die allerdings nicht lange anhält. Mit dem Augenblick, in dem die Dollarsteigerung wieder einsetzte, ließ die Kaufkraft sofort wieder nach; seitdem ist die Zurückhaltung des inländischen Marktes anhaltend und empfindlich bemerkbar geblieben. Das Auslandsgeschäft ließ auch nach der erneuten Markverflechtung auf Schwierigkeiten.

Ganz ähnlich sind die Rückwirkungen auf die Schuhindustrie. Hier wird berichtet: Die Lage der Schuhindustrie hat sich nicht bessern können. Die plötzliche Markverflechtung belebte das Geschäft im Kleinhandel nur für einige wenige Tage. Die Fabrikation vermag nach wie vor die Gestehungspreise nicht zu erzielen. Anhaltende Kurzarbeit mit weiterer Produktionsbeschränkung kennzeichnet die Lage.

Aus beiden Berichten geht demnach hervor, daß die Verschlechterung der Mark der Industrie keineswegs immer die erwartete Erleichterung bringt, daß vielmehr alles darauf ankommt, den Inlandsmarkt durch einen entschiedenen Preisabbau aufnahmefähig zu machen.

Der Textilindustrie brachte der Marksturz eine gewisse Belebung des Geschäfts.

Der Warenverkehr zwischen Deutschland und Oberschlesien. W.B. meldet: Der deutsche und der polnische Bevollmächtigte für die Dresdener Verhandlungen haben, vorbehaltlich der Ratifikation durch die beiderseitigen Regierungen, eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach die im Artikel 219 des Genfer Abkommens über Oberschlesien vorgesehenen Bestimmungen über die zollfreie Ein- und Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten der industriellen Betriebe des Abkommensgebiets, die zum Verbrauch in den industriellen Betrieben des Abkommensgebiets bestimmt sind, bis zum 15. Mai 1923 in Kraft bleiben.

Genossenschaften und allrussische Ausstellung Sowjetrußland veranstaltet im August/September d. J. eine allrussische Ausstellung verbunden mit einer großen Auslandsabteilung, bei der in erster Linie die Landwirtschaft und alle mit ihr in Verbindung stehenden Industrien berücksichtigt werden sollen. Die russische Regierung legt, wie uns mitgeteilt wird, besonders Wert darauf, daß bei dieser Ausstellung die proletarischen Genossenschaften in möglichst großem Umfang vertreten sind. Soweit diese Genossenschaften nicht in der Lage sind, eine eigene Vertretung in Moskau für die Zeit der Ausstellung einzurichten, hat im Einvernehmen mit der Sowjetregierung die „Internationale Arbeiterhilfe“, Berlin W. 8. Unter den Linden 11, es übernommen, die Vertretung der Genossenschaften, die Ausstellung ihrer Produkte in ihrem eigenen Pavillon und die Abwicklung aller mit der Ausstellung in Verbindung stehenden Angelegenheiten zu erledigen. Auskünfte können bei der „Arbeiterhilfe“ eingeholt werden.

Devisenkurse. Unsere gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1032,41 Geld, 1087,59 Brief; 1 japanischer Yen 18 154,50 Geld, 18 245,50 Brief; 1 brasilianischer Milreis 4064,81 Geld, 4085,19 Brief; 1 spanische Peseta 5710,68 Geld, 5789,82 Brief; 100 österreichische Kronen 52,61 Geld, 52,69 Brief; 1 tschechische Krone 1117,90 Geld, 1122,80 Brief; 1 ungarische Krone 7,03 Geld, 7,07 Brief; 1 bulgarische Leva 255,29 Geld, 260,72 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 393,81 Geld, 395,79 Brief. 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 80 Pf.

# Sozialpolitik im Reichstag.

Der Reichstag hat gestern, Freitag, zunächst die noch ausgelegten Abstimmungen zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfes der bürgerlichen Parteien auf

## Schutz der Versammlungsfreiheit

vorgenommen.

Abg. Brodau (Dem.) erklärt im Namen des Zentrums und der Demokraten, daß die beiden Fraktionen für den sozialdemokratischen Antrag stimmen werden, der die Streichung der Bestrafung der Zusammenhangsdelikte und des Versuches fordert. — Gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien wird dieser Antrag angenommen. — Ebenso wird der Antrag der bürgerlichen Parteien angenommen, die Worte „bis zu einer Willkür“ zu streichen. — Der kommunistische Antrag, auch die Gefängnisstrafe zu streichen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller und Sozialdemokraten abgelehnt. Hiernach findet der Gesetzentwurf — gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten — in folgender Fassung Annahme:

Wer nichterbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, wird mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, bestraft.

Das Haus berät dann den

## Haushalt des Reichsarbeitsministeriums

weiter.

Abg. André (Z.): Die soziale Gesetzgebung darf nicht so weit gehen, daß sie die Familienhande zerreißt. Die bestehenden sozialen Gesetze müssen besser durchgeführt werden, das gilt namentlich vom Arbeiterschutz. Besonderen Wert legen wir auch auf die Durchführung des Kinderschutzes. Die Jugendkulturgehalte wären zum Teil nicht nötig, wenn nicht die Jugendlichen zuviel Zeit hätten. (Widerspruch links.) Die Lohnpolitik weist einen großen Wirtswart auf; wir müssen wieder

mehr zum Akkordsystem übergeben.

(Lärm links.) Wir sind für die Aufrechterhaltung des Akkordsystems für die Industrie, verlangen aber Ausnahmen. (Widerspruch links.) Der Bau unserer Sozialgesetzgebung ist durch die Währungsverhältnisse ins Wanken geraten. Mit der Schematisierung der Leistungen kommen wir nicht mehr durch. Auf dem Gebiete der Wassererinnung sind wir vielleicht schon zu weit gegangen.



